Einzelnummer 20 Pfg.

Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 60 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus; bei Abholung 2.00 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 Mk. sowie 46 Pf., vierteljährlich 6.00 Mk. u. 1.36 Mk. Postgebühr. Bei Einsend. a. d. Postscheckkonto monatl. 2.25, viertel. 6.75 Mk. | Halle, Donnerstag, den 11. März 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kostenlose Anzeigen mit 50% Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Saboteure einer Revision des Versailler Friedens.

Im Caillaux-Prozeß fiel von seiten des Angeklagten die Aeußerung, daß während des Krieges „die Zeit für Frankreich gearbeitet habe". Jetzt, dreiviertel Jahr nach der Unterzeichnung des Versailler Friedens, darf man wohl mit einiger Berechtigung sagen, daß „die Zeit für Deutschland arbeitet". Von Tag zu Tag gewinnt in den Ententeländern — hauptsächlich wohl unter dem Einfluß des Buches von Keynes — die Erkenntnis Raum: Nicht ein starkes, sondern

ein ruiniertes Deutschland ist eine Gefahr für Europa.

„Die Revision des Versailler Friedens" wurde eingeleitet durch die Nachgiebigkeit der Entente in der Auslieferungsfrage und in der Militärfrage. Und diese Entwicklung nimmt seitdem ununterbrochen ihren Fortgang. Auch die französische Regierung, die bisher jeglichen Versuch, Deutschland gegenüber einen anderen Kurs einzuschlagen, den hartnäckigsten Widerstand entgegengesetzt hat, scheint nunmehr die Erkenntnis zu gewinnen, daß ein Deutschland ohne Lebensmittel und Rohstoffe und ohne Kredit unmöglich seine Verbindlichkeiten erfüllen könne. Diese Wendung der französischen Politik gegenüber Deutschland tritt auch bereits darin zutage, daß bei der demnächst zusammentretenden internationalen Finanzkonferenz, die sich in erster Linie mit der Verbesserung der Wechselkurse (Valutafrage) beschäftigen wird, auch deutsche Vertreter anwesend sein werden. Das wirtschaftliche Manifest des Obersten Rates, das in London aufgesetzt wurde, ist eine weitere Station auf dem Wege zur Revision des Friedensvertrages. Die italienische Presse lobt Nitti (auf dessen Vorschlägen sich das Manifest in den Grundzügen aufbaut) und schreibt: Italien könne stolz sein, daß seine sämtlichen Thesen auf der Londoner Konferenz siegten, und daß

Italien somit mächtig zur Völkerversöhnung beitrage.

Die italienischen Blätter sprechen schon davon, daß „die Revision des Versailler Vertrages in voller Durchführung begriffen sei". Der Pariser Vertreter der „Idea Nazionale" drahtet seinem Blatte, die Wahrheit sei, daß Millerand insgeheim durchaus auf dem Standpunkt der Italiener und der Engländer stehe, aber nicht auf einmal die ganze politische Erbschaft seiner Vorgänger umzustoßen wage.

All diese Tatsachen und Meldungen lassen erkennen, daß in den Ententeländern die Strömung auf Revision des Friedensvertrages von Tag zu Tag immer stärker wird. Die Gewaltpolitik, die den Versailler Vertrag diktiert hat, macht eben Bankerott, wie sie, wenn wir sie nach einem deutschen Siege versucht hätten, auch Bankerott gemacht hätte.

Wenn aber dieser Ausblick besteht, dann ist es erste Pflicht des deutschen Volkes zu verhindern, daß unverantwortliche Kreise in der deutschen Republik diese Entwicklung hemmen oder gar rückgängig zu machen drohen. Und

diese Gefahr besteht in dem fortwährenden Lärmmachen der Deutschnationalen.

Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß all diese alldeutschen Tumulte, Attentate, Versammlungssprengungen, Demonstrationen, Hetzreden, Tätlichkeiten an Ententeangehörigen (wie die Ermordung des französischen Sergeanten Manheim und die neuesten pöbelhaften Ausschreitungen gegen die Mitglieder der französischen Mission in Berlin durch eine Bande autokratischer Alkoholiker) usw. die Arbeit der Revisionsfreunde in den Ententeländern unendlich erschweren und nur Wasser auf die Mühlen der Angst-, Haß- und Gewaltpolitiker jenseits unserer Grenze leitete.

Daß den nationalistischen Parteien genau wie früher so auch heute der Blick für außenpolitische Möglichkeiten fehlt, beweist weiterhin ihre Aufstellung Hindenburgs als Präsidentschaftskandidaten. Glauben sie damit die Revision des Vertrages von Versailles zu fördern, wenn ein Präsident, der als Vertreter des militaristischen, in der ganzen Welt verhaßten altpreußischen reaktionären Geistes und als Platzhalter der Monarchie gilt, an die Spitze der demokratischen Republik gestellt wird? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Niemals wird draußen in den Ententeländern zu dieser Revision gedrängt werden, niemand wird dort auch nur einen Finger rühren, wenn die geringste Aussicht auf einen Erfolg der Reaktion in Deutschland besteht.

„Eine Präsidentschaft Hindenburgs wäre das Ende der gewaltigen Bewegung zur Revision des Friedensvertrages,

(so urteilt treffend der „Vorwärts") die jetzt im Ausland täglich an Kraft gewinnt." Obgleich das die Rechtsparteien sehr wohl wissen dürften, schreien sie jetzt, mit unerhörter Gewissenlosigkeit, Hindenburg als ihren Kandidaten aus, nur um mit der alten nationalistischen Phrase weiter wirken zu können; sie üben dadurch bewußt Sabotage an der Revision des Versailler Friedensvertrages, zum unermeßlichen Schaden des gesamten Volkes — doch was kümmert dies die nationalen „Volks"-parteien, wenn sie nur damit parteiagitatorische Wirkungen erzielen.

Die deutsche Arbeiterschaft, wie alle wahrhaft demokratisch denkenden Volksgenossen, werden dafür sorgen müssen, daß dem gewissenlosen Treiben dieser nationalistischen Volksschädlinge Einhalt geboten wird. Nicht zuletzt wird sich ein jeder, der eine Besserung unserer wirtschaftlichen und politischen Lage in der Zukunft erstrebt, bei den nächsten Wahlen fragen müssen, wem er seine Stimme geben will: denen, die für eine Politik der Völkerverständigung, für gemeinsame wirtschaftliche und politische Arbeit mit allen Völkern eintreten, oder den Politikern der Gewalt, die mit Waffen (die wir nicht besitzen) gewaltsam eine Revision des Versailler Friedens herbeiführen wollen. Die Frage der deutschen Zukunft,

die Richtung unserer Außenpolitik wird also im Mittelpunkt des kommenden Wahlkampfes stehen,

und hier werden sich, wie in der Frage Republik oder Monarchie, die Geister scheiden. Das Volk wird dann zu sagen haben, was es will: die Politik der praktischen Möglichkeiten (Revision des Versailler Vertrages auf friedlichem Wege) oder die Politik der Gewalt (jener Gewalt, die wir aber, das sei nochmals betont, gar nicht besitzen), also eine Politik der nationalistischen Phrase und leeren Demonstration. Die Wahl dürfte für jeden Einsichtigen, der still und treu an der Gestaltung einer besseren Zukunft Deutschlands mitarbeiten will (mit nationalistischem Phrasenschwall und „Deutschland über alles"-Singen ist das nicht getan), wahrlich nicht schwer sein.

Fr. Walter.

Tagung des Wirtschaftsrates.

Es geht wieder aufwärts.

WTB. Berlin, 11. März. Gestern tagte der jüngst gegründete Wirtschaftsrat, um über die wichtigsten Grundfragen des deutschen Wirtschaftslebens zu sprechen. Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse, schreibt die „D. Allgem. Ztg.", läßt sich nicht bestreiten, daß der Gesamteindruck unserer Wirtschaft erfreulicher ist als im vorigen Jahre und vor einigen Monaten. Wirtschaftlich geht es wieder aufwärts.

Die Schulfrage in der Bremer Nationalversammlung.

WTB. Bremen, 10. März. Die Bremer Nationalversammlung hat heute bei Beratung einer Vorlage der Schulbehörde wegen Einführung der Grundschule beschlossen, die Vorschulen der höheren Schulen zu Ostern d. J. aufzuheben, ihre Lehrer aber für den Staatsdienst zu übernehmen. Der Religionsunterricht will die Schulbehörde als Wahlfach für die ehemaligen Vorschüler in die Grundschule einführen.

Die belgische Nationalfrage in der Kammer.

Das Frauenstimmrecht in den Gemeinden.

WTB. Brüssel, 10. März. Nach einer Havas-Reuter-Meldung nahm die Kammer mit 121 gegen 7 Stimmen bei 29 Enthaltungen eine von der Regierung gutgeheißene Tagesordnung an, die jede aktivistische Propaganda mißbilligt und feststellt, daß es ungerecht sein würde, den Aktivismus mit der loyalen flämischen Bewegung zu verwechseln. Die sozialen, politischen und die Sprachenfragen müßten innerlich des Rahmens der nationalen Einheit gelöst werden. Weiter nahm die Kammer mit 115 gegen 22 Stimmen bei 5 Enthaltungen das Gesetz an, das den Frauen das Stimmrecht in den Gemeinden gewährt.

Das neue schwedische Kabinett.

WTB. Stockholm, 10. März. Nach amtlicher Meldung ist dem König folgende Ministerliste vorgelegt worden: Ministerpräsident: Branting. Auswärtiges: Palmstierna. Justiz: Undun. Krieg: Hanssen. Marine: Erikson. Inneres: Nansen. Finanzen: Thorsson. Unterricht: Chelson. Landwirtschaft: Nilson. Ohne Portefeuille: Landler.

Ein neues Ueberschichtenabkommen im Bergbau.

Essen, 9. März. In den gestrigen Verhandlungen betreffend Ueberarbeit im Bergbau waren als Abgesandte der Regierung Eisenbahnminister Oeser, Reichsarbeitsminister Schlicke, Regierungsrat Bodenstein, Wehrkreiskommandeur Generalleutnant von Wacker und Reichskommissar Severing vertreten. In den Verhandlungen wurde zwischen dem Zechenverband einerseits und den Arbeitnehmer- und Angestelltenverbänden andererseits für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau im Anschluß an das vorläufige Abkommen vom 18. Februar 1920 betr. Ueberarbeit vereinbart:

Vom 15. März ab werden die Belegschaften unter Tage wöchentlich zweimal im Anschluß an die regelmäßige Schicht je eine halbe Ueberschicht zur Erhöhung der Kohlenförderung verfahren. Es sind nach Möglichkeit alle Belegschaftsmitglieder unter Tage zu beteiligen. Die Belegschaftsmitglieder über Tage verfahren, soweit erforderlich, entsprechende Ueberstunden.

Allen Belegschaftsmitgliedern wird für die in dieser Weise geleisteten Ueberstunden anstatt des tarifmäßigen Lohnzuschlages von 25 Prozent unter Tage ein solcher von 100 Prozent und über Tage ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt.

Für die an dieser Ueberarbeit beteiligten Belegschaftsmitglieder wird folgende Lebensmittelzulage festgesetzt: Die wöchentliche Brotmenge beträgt einschließlich der rationierten Menge und etwaiger Schwerarbeiterzulagen 3125 Gramm, die wöchentliche Fettmenge einschließlich der rationierten Menge 500 Gramm. Der Preis für Brot und Fett ist der gleiche wie für die rationierten Mengen.

Reichstagswahlen im Herbst.

Die Sitzung der Nationalversammlung vom letzten Dienstag hat Klarheit darüber gebracht, daß die Wahlen zum ersten Reichstag der deutschen Republik nicht früher als im Herbst dieses Jahres, aber auch, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten, nicht später stattfinden werden. Die Rechtsparteien werden nach der trefflichen Rede des Reichsministers Koch im innersten Herzensschrein wohl selber einsehen, daß sie sich mit ihrem Agitationsantrag auf schleunigste Auflösung der Nationalversammlung und Vornahme von Reichstagswahlen nur lächerlich gemacht haben. Gerade sie, denen sonst die Ausdauer eines Parlaments gar nicht lange genug sein kann, spielen geradezu eine komische Figur, wenn sie ein Parlament, das nun gerade ein Jahr und zwei Monate lang besteht, für überaltert erklären. Gerade sie, die sich doch sonst immer auf die Uebernationalen herausspielen, hätten von selber auf die Gründe kommen müssen, aus denen sich **eine Reichstagswahl vor der Entscheidung der Abstimmungskämpfe in den Grenzgebieten von selber verbietet.**

Im übrigen ist gar nicht anzunehmen, daß sich die Herren in der Löwenhaut, die sie angezogen haben, besonders wohl fühlen. Sie haben zwar übernormal ausgebildete Sprechwerkzeuge und ungeheuer viel Geld, es fragt sich aber sehr, ob diese beiden Eigenschaften dazu genügen, eine Wahlschlacht zu gewinnen. Wird es ernst, dann wird den Herrschaften eine Melodie gepfiffen werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Es müßte ja mit dem Teufel zugehen, wenn nicht die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes imstande wäre, zu begreifen, was sie jenen Herrschaften verdankt und wie diese darum in einer freien, unbeeinflußten Volksabstimmung zu behandeln sind. Da die deutschnationale Propaganda im Herbst und Winter 1919 einen Tiefpunkt erreicht hatte, wäre es ja immerhin möglich, daß die Herrschaften da und dort noch ein paar Mandate zu gewinnen vermöchten, aber ihr Traum, durch die Wahlen einen entscheidenden Umschwung der Machtverhältnisse im Parlament herbeiführen zu können, wird im Herbst so gut, wie es in diesem Frühjahr der Fall gewesen wäre, mit einem katzenjämmerlichen Erwachen enden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200311-15/fragment/page=0001

Darüber kann freilich gar kein Zweifel bestehen, daß sich die Gegensätze seit Januar 1919 noch weiter erheblich verschärft haben und daß sie sich noch mehr verschärfen werden. Durch das Volk geht ein Zug zur Radikalisierung, den die Regierung, und ganz besonders ihr bürgerlicher Teil, nicht verkennen soll. Während die Anhängerschaft des deutschnationalen Flügels immer besinnungsloser nach rechts gedrängt wird, und ihren Uebermut in bösartigen, die Sache des deutschen Volkes schwer schädigenden Exzessen auslebt, rückt die übrige Masse der Wählerschaft weiter nach links.

Diese Linksbewegung braucht durchaus nicht den Unabhängigen zugute zu kommen. Die Unabhängigen haben einen guten Teil ihrer Aussicht, eine starke Oppositionspartei der Linken zu werden, durch ihr unsinniges Kokettieren mit dem Bolschewismus verscherzt. Die Masse der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter und Angestellten denkt nicht daran, diesen Rummel mitzumachen, sondern sie bleibt in der Sozialdemokratischen Partei in dem richtigen Gefühl, daß hier der Punkt gegeben ist, von dem aus der Hebel zu tiefgreifenden Veränderungen in Bewegung gesetzt werden kann. Man kann die Zahl der unabhängigen Abgeordneten im Reichstag mit einer geradezu fantastischen Zahl multiplizieren, man kann sie sich verdoppelt, verdreifacht, vervierfacht denken — Erfolge, an die die Unabhängigen selbst nicht glauben — und man kommt doch immer nur zu einer Gesamtsumme, die eine schwache Minderheit im künftigen Reichstag darstellt. Eine solche Minderheit, die unvernünftigerweise jedes Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie und natürlich erst recht mit den bürgerlichen Parteien ablehnt, bleibt zur unfruchtbaren Rolle in der Opposition verurteilt, sie kann alles in Grund und Boden kritisieren, vermag aber gar nichts durchzusetzen. Auf das Durchsetzen aber kommt es gerade an!

Die Zeiten sind vorbei, in denen für die sozialdemokratische Arbeiterschaft eine andere Rolle als die der Opposition nicht denkbar war. Alle Schranken, die der Ergreifung der politischen Macht durch die Arbeiter auf gesetzlichem Wege entgegenstanden, sind durch die Revolution niedergelegt worden. Jetzt gilt es nur, die Mehrheit aller Köpfe im arbeitenden Volk für eine sozialistische Politik zu gewinnen, dann ist dieser Politik auch der Weg frei gelegt. Die Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick ist es nicht, eine möglichst starke Opposition, sondern vielmehr eine möglichst starke Mehrheit zu werden, der eine möglichst schwache Opposition gegenüber steht.

Wir täuschen uns nicht, über die ungeheuren Schwierigkeiten, die einer solchen Machteroberung schon im nächsten Herbst entgegen stehen. Die unglückselige Spaltung der Arbeiterbewegung ist die größte unter ihnen, aber nicht die einzige. Trotzdem muß an diesem Ziel festgehalten werden, weil nur dieses Festhalten Klarheit über den einzuschlagenden Weg verleiht. Das Streben der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wird bei den kommenden Herbstwahlen darauf gerichtet sein müssen, die Mehrheit zu gewinnen.

Einstweilen aber gilt es, das halbe Jahr, das noch zwischen diesen Augenblick und der kommenden Entscheidung liegt, mit hingebungsvollem Eifer auszunutzen. Gegen uns steht die Macht des Kapitals, die Schwerindustrie, der Großgrundbesitz, alle Reste des alten Regiems, die sich zu einem neuen Vorstoß der Verzweiflung zusammen getan haben. Es müssen alle Kräfte aufgeboten werden, um im Herbst zu zeigen, daß die Sozialdemokratie noch besser als einst im Kaiserreich jetzt in der Republik zu siegen versteht.

Das Reichsjugendgesetz.

Binnen kurzem wird der Nationalversammlung der Entwurf eines „Reichsjugend-Wohlfahrtgesetzes" zugehen, das die gesamte Jugendfürsorge in einer über das ganze Reich ausgespannten Organisation zusammenfassen will. Das „Hamburger Echo" bringt folgenden Auszug aus dem bisher nicht veröffentlichten Gesetzentwurf. Das Gesetz beginnt mit einer programmatischen Erklärung:

„Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung. Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt, tritt öffentliche Jugendhilfe ein."

Der Aufbau der Jugendwohlfahrtsbehörden beginnt mit dem Jugendamt, das als Einrichtung der Selbstverwaltung für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde zu errichten ist. Für größere Ortsgemeinden können selbständige Jugendämter zugelassen werden. Aufgaben des Jugendamtes sind:

1. Das Jugendamt übernimmt die Tätigkeit des Gemeinde-Waisenrates;
2. die Mitwirkung im Vormundschaftswesen;
3. den Schutz der Pflegekinder;
4. die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige;
5. die Jugendhilfe bei den Gerichts- und Polizeibehörden gemäß reichsgesetzlicher Regelung;
6. die Mitwirkung bei der Fürsorgeerziehung.

Aufgabe des Jugendamtes ist es ferner, Einrichtungen und Veranstaltungen zu schaffen und zu fördern: für die Jugendberatung, für den Mutterschutz vor und nach der Geburt, für die Wohlfahrt der Säuglinge, für die Wohlfahrt der Kleinkinder, für die Wohlfahrt der schulpflichtigen Jugend, für die Wohlfahrt der Schulentlassenen.

Als Mitglieder sind in das Jugendamt Männer und Frauen aller Bevölkerungskreise zu berufen, die in der Jugendwohlfahrt erfahren sind. Unter ihnen sollen möglichst Vertreter der wichtigsten im Bezirke des Jugendamtes wirkenden freien Vereinigungen für Jugendwohlfahrt, Vertreter der Gesundheits-, der Schul-, der Gewerbe- und der Armenverwaltung sein. Auch die Religionsgemeinschaften und Vereinigungen sonstiger Weltanschauungen, Aerzte, Lehrer, Vertreter der Krankenkassen und der wichtigsten Berufsgruppen sind in das Jugendamt zu berufen.

Zur Sicherung einer gleichmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Unterstützung ihrer Arbeit sind die Jugendämter in jedem Lande zu einem Landesjugendamte zusammenzufassen. Bei der Reichsregierung ist ein Reichs-Jugendamt zu errichten.

Ein besonderer Abschnitt des Gesetzentwurfs ist dem Schutz der Pflegekinder gewidmet. Wer fremde, noch nicht 14 Jahre alte Kinder in Pflege nehmen will, bedarf dazu der vorherigen Erlaubnis des Jugendamtes. Pflegekinder unterstehen der Aufsicht des Jugendamtes. Das gleiche gilt für uneheliche Kinder, die sich bei der Mutter befinden. Uneheliche Kinder können jedoch, solange sie sich bei der Mutter befinden, von der Beaufsichtigung widerruflich befreit werden, wenn die Persönlichkeit der Mutter die Gewähr für eine geeignete Pflege bietet. Wer ein Pflegekind ohne die vorgeschriebene Erlaubnis in Pflege nimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Auch die Stellung des Jugendamtes im Vormundschaftswesen wird geregelt. Das Jugendamt wird in zahlreichen Fällen Vormund (Amtsvormundschaft). Bei jedem unehelichen Kinde erlangt das Jugendamt die Vormundschaft. Auf Antrag ist das Jugendamt ferner für jeden von ihm aus öffentlichen Mitteln versorgten Minderjährigen als Vormund zu bestellen, soweit die Versorgung nicht nur eine vorübergehende ist. Wenn es im Interesse des Mündels erforderlich erscheint, soll das Jugendamt die Bestellung einer Einzelperson als Vormund beantragen.

Minderjährigen ist im Falle der Hilfsbedürftigkeit der notwendige Lebensbedarf einschließlich der Erziehung und der Erwerbsbefähigung und die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen zu gewähren: bei ihrem Ableben ist für ein angemessenes Begräbnis Sorge zu tragen.

Der Entwurf des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes zeigt sich als ein großer organisatorischer und ethischer Fortschritt. Selbstverständlich ist der Entwurf noch erganzungs- und verbesserungsfähig. Unsere Fraktion wird an diesem Gesetzentwurf mit besonderem Fleiß und großer Liebe mitarbeiten. Geht es doch um unser höchstes Gut und um die beste Hoffnung für unsere Zukunft: um die deutsche Jugend!

Stellungnahme Wilsons zum Völkerbund.

WTB. Washington, 10. März. (Havas.) Präsident Wilson schloß sein Schreiben an den Senator Hitchcock mit der Bemerkung, die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten als Nation sei jetzt riesengroß, und wenn er Gelegenheit hätte, würde er alle, die es angehe, bitten, die Frage des Beitritts zum Völkerbund aber von dem Gesichtspunkt zu erwägen, daß es möglich sei, die Angelegenheit für die Menschheit zu Ende zu führen, als vom Gesichtspunkt eigener nationaler Interessen.

Das Wirtschaftsmemorandum zum Aufbau der Welt.

WTB. Paris, 10. März. Im wirtschaftlichen Memorandum des Obersten Rates wird als Notwendigkeit die sofortige Sicherung der Lebensbedingungen, wie sie zu Friedenszeiten existierte, betont. Dies könne nur durch Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen erreicht werden. Es sollen keine künstlichen wirtschaftlichen Schranken errichtet werden. Die Arbeitsleistung soll zur Hebung der Produktion gefördert werden. Es sollen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um das Schwinden von Kredit und Geldumlauf aufzuheben. Denjenigen Ländern, die infolge des Standes der Valuta ihr Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, soll die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs ermöglicht werden. Der Lage der verwüsteten Gebiete wird besonders Rechnung getragen werden. Die zum Wiederaufbau nötigen Summen sollen auf dem Anleihewege beschafft und durch die Wiedergutmachungskommission garantiert werden.

*

WTB. Amsterdam, 10. März. „Telegraaf" meldet aus London, daß das Wirtschaftsmemorandum den im Friedensvertrag festgesetzten Zeitraum von vier Monaten, während dessen Deutschland Vorschläge bezüglich der Entschädigungssumme machen kann, im Hinblick auf die außerordentlichen Verhältnisse verlängert hat.

Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Amerika.

WTB. Amsterdam, 10. März. Nach einer Reutermeldung aus Washington wurde dort mitgeteilt, die Regierung habe im Prinzip beschlossen, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Sowjetrußland zu gestatten, sobald die Alliierten ihre endgültige Politik gegen Rußland festgesetzt hätten.

Amerikas Rüstungen.

WTB. Washington, 10. März. Der Senat hat mit 40 gegen 28 Stimmen den Vorbehalt angenommen, daß eine nationale Kontrolle der Rüstungen verhindert und festsetzt, daß sich die Vereinigten Staaten das Recht vorbehalten, ihre Rüstungen ohne Zustimmung des Völkerbundes zu erhöhen, wenn das Land von Inspektionen bedroht wird.

Der Ulan-Skandal.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte gegen Noske.

Berlin, 9. März. In dem Ermittlungsverfahren gegen den Prinzen Joachim Albrecht und den Rittmeister von Platen hat der zuständige Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte den Antrag, gegen die beiden Beschuldigten einen Haftbefehl zu erlassen, abgelehnt. Die Beschuldigung gegen beide geht übrigens nur auf Beleidigung und versuchte Nötigung. Prinz Joachim Albrecht, ebenso wie Rittmeister von Platen erklären noch wie vor, daß sie an dem Vorfall in der ihnen zur Last gelegten Weise nicht beteiligt gewesen seien. Nach Angabe des Prinzen hat er der Kapelle zwar öfters eine Extravergütung gegeben, jedoch nur für von ihm selbst komponierte Lieder. Der Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte, die Erlassung eines Haftbefehls abzulehnen, bleibt vorläufig ohne Wirkung auf den Befehl Noskes.

Ueber den Wiederaufbau des Post- und Telegraphenwesens

hielt gestern auf Einladung der Handelskammer der Reichspostminister Giesberts einen Vortrag, in dem er hervorhob, daß mit Personal- und Finanzreformen ineinandergreifend zusammen gewirkt werden muß. Bei der Post sei die pünktliche Ablieferung der Sendungen durch die Stockungen im Eisenbahnbetriebe außerordentlich erschwert. Neuerdings seien zahlreiche Eisenbahn-Postwagen mit den neuesten Sortiereinrichtungen in Auftrag gegeben worden. Zur verkehrstechnischen Erschließung der Gegenden ohne Eisenbahnlinien seien 200 Postkraftwagen in Auftrag gegeben worden. Die Tarifpolitik sei deswegen nicht verkehrsfeindlich, weil sie mit einer Besserung der Wirtschaftslage und einer Verbilligung der Betriebsausgaben rechne.

Der Fall Nicolai.

Professor Nicolai ist, vom akademischen Senat der Berliner Universität die Würde seiner Lehrtätigkeit fortzusetzen abgesprochen worden. Die Ursache dieses Urteils ist das Buch Nicolais über „Die Biologie des Krieges", in welchem sich Aussprüche befinden sollen, die geeignet sind, Deutschland herabzusetzen.

Kultusminister Haenisch zum Senatsurteil der Berliner Universität über Professor Nicolai.

WTB. Berlin, 10. März. In der Angelegenheit Nicolai hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dem Senat der Berliner Universität auf sein Urteil eine Mitteilung zugehen lassen, in der es heißt:

„Man kann über die Art, in der Professor Nicolai seiner Ueberzeugung während des Krieges Ausdruck verschaffte, verschiedener Ansicht sein. Aber eine akademische Behörde kann nicht zur Verurteilung schreiten auf Grund von Handlungen, die unter eine allgemeine Amnestie der vom Volke gewählten Regierung fallen. Auch kann der Senat als eine rein wissenschaftliche Verwaltungsbehörde für ein politisches Urteil nicht als zuständig angesehen werden. Eine Disziplinarbefugnis steht ihm ein außerordentlicher Professor gegenüber nicht zu. Sein Spruch hat also keinerlei rechtliche Folgen. Dagegen kann auch nicht eingewandt werden, daß sich Professor Nicolai dem Urteil des Senats freiwillig unterworfen habe, denn er hat sofort schriftlich Protest erhoben, als der Senat die Untersuchung vom akademischen auf das politische Gebiet verlegt hat. Zwar hat der Senat in seinem Urteil den ordnungswidrigen Eingriff der Studierenden in die Lehrfreiheit mißbilligt. Aber er geht mit Stillschweigen über die Tatsache hinweg, daß es dem Rektor der Universität nicht gelungen war, die akademische Disziplin zu bewahren. Angesichts dieser Tatsache fühle ich mich im Interesse der unter allen Umständen aufrechtzuerhaltenden Lehrfreiheit verpflichtet, Prof. Nicolai, falls er seine Vorlesungstätigkeit fortsetzen will, bei Ausübung seines Amtes zu schützen und die akademische Ordnung mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln innerhalb der Universität zu sichern."

Der Buchdruckerstreik greift um sich.

WTB. Ludwigshafen, 10. März. Wegen Lohnstreitigkeiten sind die Buchdrucker in den Ausstand getreten. Außer der sozialdemokratischen „Pfälzischen Post" erscheinen keine Zeitungen.

Was ist Reaktion?

Diese Frage beantwortet ein Flugblatt der „Deutschnationalen Volkspartei", indem es ein lockendes Bild vom Wesen der Reaktion zu geben sucht. Es schreibt:

„Die Reaktion ist die Sehnsucht nach der guten alten Zeit, wo Ordnung und Treue im Reich regierten, nicht das Schiebertum, wo wir ehrlich waren und nicht die Gesetze und Verordnungen übertreten mußten, um leben zu können, wo die Mark hundert Pfennige wert war und nicht zehn Pfennige, wo wir Brot, Kartoffeln und andere Nahrungsmittel reichlich und Fleisch wenigstens soviel in der Woche hatten, wie heute im Monat."

Diese Lockungen sind Demagogentum von reinstem Wasser. Daß die Zustände vor dem Krieg besser waren als heutzutage, bestreitet niemand. Aber nur grenzenlose politische Verlogenheit kann den Wechsel der wirtschaftlichen Zustände auf den Wechsel der politischen Systeme zurückführen. Es werden hier einfach falsche Ursachen tatsächlichen Wirkungen unterstellt. Ueberlegen wir doch einmal: hörte denn die „gute alte Zeit" erst am Tage der Revolution auf? Konnte man sich bis zum 9. November 1918 in Deutschland nach Herzenslust sattessen? Alle die Verluste an Glück und Behaglichkeit, die in dem deutschnationalen Flugblatt mit Recht beklagt werden, sind doch schon unter dem alten System während des Krieges eingetreten. Schon drei und vier Jahre vor der Revolution waren Brot, Kartoffeln usw. rationiert, schon zwei Jahre vor der Revolution betrug die wöchentliche Fleischration 250 Gramm, schon lange während des Krieges setzten das Schiebertum, die Auflösung von Treu und Glauben und des Respektes vor den Gesetzen ein; schon sehr bald nach Ausbruch des Krieges begann die Mark von ihrem bis dahin vollgültigen Kurs unaufhaltsam herabzusinken.

Wenn die Reaktion also die Zustände vor dem Krieg — die das Volk in Wirklichkeit seinem Fleiß, nicht seiner Regierung verdankte — als ihr Verdienst in Anspruch nimmt, so ist es auch ihr unzweifelhaftes „Verdienst", diesen Wohlstand in vier Kriegsjahren zerstört zu haben.

Uebrigens — wie wäre es mit einer Probe aufs Exempel, ob die Reaktion die „gute alte Zeit" wieder zurückzaubern kann? Man stelle sich einmal vor, daß morgen Wilhelm zurückkehrte und in Preußen wieder das Dreiklassenrecht regierte: wer glaubt wohl, daß alsdann übermorgen die Mark wieder hundert Pfennige gelten würde, der Lebensmittelmangel mit einem Zauberschlag vorbei wäre, die Wucherer von der Bildfläche verschwänden! Im Grunde wissen auch die Deutschnationalen ganz genau, daß sie an den jetzigen Zuständen, die auf den Wirkungen des Krieges beruhen, gar nichts ändern könnten. Deshalb schrieb neulich auch die „Tägliche Rundschau": Selbst wenn die Monarchie sofort wieder hergestellt werden könnte, würde man sich die Sache doch sehr überlegen und mit der Wiederherstellung solange warten, bis die schlimmsten Folgen des Krieges überwunden wären. Denn es wäre gefährlich, die Monarchie mit den jetzigen Verhältnissen zu kompromittieren.

Das war wenigstens ehrlich gesprochen. Die übrigen Deutschnationalen sagen das zwar nicht offen, aber sie denken genau so. Nicht die Freiheit, sondern der Krieg hat Deutschland ruiniert. Deshalb kann auch keine Reaktion Deutschland erretten, denn Reaktion bedeutet letzten Endes auch erneuten Krieg, daher erneuten, noch tieferen Ruin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200311-15/fragment/page=0002

Kurze Notizen.

Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz, der vor längerer Zeit bei einem Sturz von einer Leiter schwere Verletzungen erlitten hatte und dienstunfähig war, ist, wie uns aus Dresden gemeldet wird, wiederhergestellt und hat seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.

Deutschland, Rußland und der Völkerbund. „Daily News" schreibt in einem Leitartikel, Deutschland und Rußland müßten unerläßlich aufgefordert werden, dem Völkerbund beizutreten. Deutschland müsse auf jeden Fall einen Sitz im Rat des Völkerbundes erhalten. Wie den Bund sei die Tat gekommen, mutig und energisch zu handeln

Frankreich behält die deutsche Handelstonnage. Der Senatsausschuß der Marine hat entschieden, es sei unzulässig, daß Frankreich irgend etwas von der ihm anvertrauten deutschen Handelstonnage herausgäbe.

Streikwelle in Belgien. Aus Lille läßt sich der „Matin" melden, die Delegierten der belgischen Textilarbeiterverbände hätten für Donnerstag Streikbefehl gegeben, der sechzigtausend Textilarbeiter umfasse.

Das neue türkische Kabinett. Laut „Telegraaf" melden die „Times" aus Konstantinopel, daß das neue türkische Kabinett aus unerfahrenen Personen bestehe, wie das Frühere. Großwesir ist der normalige Marineminister Salt Pascha.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 10. März. 153. Sitzung. Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten und teilt mit, daß er anläßlich der am Sonntag bevorstehenden Abstimmung in der zweiten Zone in Schleswig in Uebereinstimmung mit den Parteiführern an die dortige deutsche Presse ein Telegramm gerichtet habe des Inhalts, daß die Nationalversammlung in schicksalsschwerer Stunde den deutschen Brüdern wärmste Grüße sende. Was deutsch ist, müsse deutsch bleiben. Möge der 14. März die Entscheidung bringen, die Deutschland zuversichtlich erwartet. (Beifall.)

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfes eines

Reichseinkommensteuergesetzes.

Zu § 12 wird ein Antrag Dr. **Blunck** (Dem.) angenommen, wonach bei einem Erwerb von Grundstücken vor dem 1. August 1914 die zehnjährige Frist als erfüllt gilt.

Bei § 13 entspinnt sich eine Debatte über die Anträge **Arnstadt,** die für den Betrieb notwendigen Rückstellungen für Erneuerungen als abziehbar von den Einkünften festzusetzen, und ebenso einen Teil der Beträge für kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Vereinigungen.

Unterstaatssekretär Mösle bittet die Anträge abzulehnen wegen der Notlage des Reiches, trotzdem manches für sie spräche

Bei der Abstimmung wird Hammelsprung notwendig. Auf Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten wird gesondert abgestimmt über das Freibleiben von Beiträgen an kulturfördernde, mildtätige und gemeinnützige Vereinigungen. Für diesen Antrag stimmen 117 Abgeordnete, dagegen 104 Abgeordnete. Der Antrag ist angenommen. Der Antrag, auch die politischen Vereinigungen einzubeziehen, wird ebenfalls angenommen. Der Antrag wegen der Rückstellungen wird abgelehnt. Weitere Paragraphen werden mit geringen Abänderungen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Zu § 23 (Waldnutzungen) wird auf Antrag **Gruber** (Soz.) der Absatz 1 (Regierungsvorlage) gestrichen. Da hierdurch der Absatz 2 (Zusatz des Ausschusses bzw. der zweiten Lesung) mit den dazu neu gestellten Anträgen in der Luft hängt, wird die Abstimmung behufs Umredigierung bis morgen zurückgestellt.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Abänderungen angenommen. Die Gesamtabstimmung soll morgen stattfinden.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines

Kapitalertragssteuergesetzes.

Abg. Dr. Richter (Dem.): Wir müssen den ungeheuren Steuerbedarf des Reiches berücksichtigen, und deshalb werden wir trotz schwerer Bedenken für das Gesetz stimmen.

Zu § 3, Befreiung von der Steuer, beantragt Abg. **Riegler** (Dem.) einen Zusatz, wonach auch öffentlichrechtliche Berufsvertretungen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, befreit werden.

Der Antrag wird angenommen. Weiteren Abätzen des § 3 wird nach gemeinsamen Anträgen der Mehrheitsparteien eine abgeänderte Fassung gegeben. Der Rest des Gesetzes wird mit unwesentlichen Aenderungen angenommen, ebenso das Gesetz in der Gesamtabstimmung.

Die zweite Beratung des

Körperschaftssteuergesetzes

Abg. Gruber (Soz.) beantragt im § 10 eine Besteuerung der toten Hand.

Unterstaatssekretär Mösle und eine Reihe von Abgeordneten sprechen dagegen. Der Antrag sei eine Demonstration und gehöre allenfalls in eine Vermögenssteuer, nicht aber in die Ergänzung zur Einkommensteuer.

Der Antrag Gruber wird in namentlicher Abstimmung mit 129 gegen 96 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen abgelehnt.

Zu § 11 b beantragt

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.) eine Einfügung in das Einkommensteuergesetz an geeigneter Stelle, wonach die Doppelbesteuerung bei Erwerbsgesellschaften und besonders bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung gemildert werden soll.

Regierungsseitig wird dagegen gesprochen. Der Antrag würde die darin genannten Körperschaften gegenüber anderen bevorzugen.

Der Vertreter Preußens spricht für den Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird mit einigen Abänderungen gemäß den Anträgen der Mehrheitsparteien angenommen.

Morgen 1 Uhr: Anleihedenkschrift, Biersteuergesetz, Abstimmung über Reichseinkommensteuer, Landessteuer usw.

Schluß nach 6 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Der Krach in der Gewerkschaftskommission.

Körsten wird durch unabhängige Machinationen seines Amtes als Vorsitzender enthoben.

Die am Montag abgehaltene Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission beschäftigte sich mit dem anläßlich der Betriebsratswahlen im Ausschuß ausgebrochenen Konflikt. Derselbe ist der breiten Oeffentlichkeit bekannt geworden durch einen am 22. Febr in der „Volksstimme" veröffentlichten Aufruf, den die Ausschußmitglieder Körsten, Link, Albrecht, Bauer, Brückner und Urbach unterzeichnet hatten. Eine von der Gegenseite gegen diesen Aufruf erhobene Beschwerde bildete den Gegenstand der Erörterungen der Versammlung.

Rusch begründete die Beschwerde. Er sagte am 17. Februar habe der Vollzugsrat und die Bezirksleitung der S. P. D. ein Flugblatt herausgegeben mit einer Fußnote, aus der hervorgeht, daß die S. P. D. die Betriebsratswahlen zu einer Parteiangelegenheit machen und eigene Listen aufstellen wolle. Nach diesen Vorgängen habe man erwartet, daß Körsten eine Ausschußsitzung einberufen würde. Er habe das aber selbst nach wiederholter Aufforderung von Rusch und anderen Mitgliedern seiner Richtung nicht getan. Dann sei am 22. Februar der Aufruf von Körsten und der fünf anderen Ausschußmitglieder im „Vorwärts" erschienen. Darauf seien dann die übrigen Ausschußmitglieder zusammengetreten und hätten beschlossen, Körsten solle eine Plenarversammlung einberufen. Körsten habe es aber abgelehnt und habe erklärt, die Ausschußmitglieder, die eine U. S. P. Fraktion gebildet haben, hätten sich dadurch und durch ihren Aufruf außerhalb des Ausschusses gestellt, der Ausschuß bestehe also nur noch aus den sechs übrigen Mitgliedern. Hierauf hätten die auf dem Boden der U. S. P. stehenden Mitglieder ihren Aufruf zurückgezogen. Auch dann habe sich Körsten noch ablehnend, eine Ausschußsitzung einzuberufen und habe erklärt, er habe die Angelegenheit dem Gewerkschaftsbund unterbreitet, die Entscheidung müsse abgewartet werden. Nachdem dann noch alle von Körsten verlangten Formalitäten wegen der Einberufung einer Ausschußsitzung erfüllt waren, habe Körsten die Sitzung endlich einberufen. Der Redner beantragt, Körsten das schärfste Mißfallen auszusprechen.

Körsten antwortete hierauf: Es handelt sich hier nicht nur um die Gegenklage wegen der Betriebsrätewahl, sondern darum, daß wir auf dem Standpunkt der strikten Neutralität der Gewerkschaften stehen und uns an die Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses halten, wonach die bisherige Gewerkschaftskommission ein Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist. Die andere Seite aber will innerhalb der Gewerkschaft eine bestimmte politische Richtung vertreten und verlangt lokale Selbständigkeit. Infolge dieser Gegenklage haben sich die Dinge so zugespitzt. Die starken Gewerkschaften, besonders die Metallarbeiter, haben kündig aus uns gedrückt, daß die Gewerkschaftskommission nur in ihrem Sinne arbeite. Die ersten Differenzen entstanden beim Metallarbeiterstreik. Da wurden wir völlig ausgeschaltet. Der Streik der Maschinisten und Heizer ist ohne Zustimmung des Ausschusses ins Werk gesetzt worden. Der Generalstreik der Metallarbeiter ist von der Fünfzehnerkommission und vom Roten Vollzugsrat gegen unseren Protest beschlossen worden. So sind wir als Zentralstelle der Berliner Gewerkschaften immer ausgeschaltet worden. Man hat uns nur noch als Schwanz der Metallarbeiter betrachtet. Auch der Beschluß gegen die Technische Nothilfe ist und aufsoktroiert worden.

In der Frage der Betriebsräte waren wir anfangs zusammen einig. Wir hatten eine Versammlung, die das Betriebsrätegesetz abgelehnt hat. Dann kam die Demonstration am 13. Januar, die von einer Anzahl von Gewerkschaftsvorständen mitveranstaltet wurde. Das ist hintenherum gemacht worden, ohne daß wir etwas davon wußten. Schon damals bestanden zwei Fraktionen im Ausschuß. Hätten wir die Demonstration gemein'am gemacht, dann wäre sie anders verlaufen. Wir hätten die Demonstranten nicht nur hin, sondern auch wieder hinwegeführt. (Lärm.) Der Antrag auf Abänderung des Regulativs verstößt gegen die gewerkschaftliche Neutralität und gegen die Grundsätze des Gewerkschaftsbundes.

Zur Frage der Betriebsrätewahlen führte der Redner aus, daß die Mehrheit des Ausschusses abgelehnt hat, die Wahl unter Ausschluß parteipolitischer Listen vom Ausschuß vorbereiten zu lassen. Ich hatte schon den Auftrag des Ausschusses, ein Wahlflugblatt zu schreiben, erfüllt, da kam der Aufruf der U. S. P.-Parteileitung des Roten Vollzugsrates und der U. S. P.-Fraktion der Gewerkschaftskommission. Daraufhin erklärten wir, zwei Fraktionen in der Gewerkschaftskommission kann es nicht geben, die Fraktionsbildung und der Aufruf sind ein Bruch des Beschlusses, daß die Gewerkschaftskommission die Wahlen zu leiten hat. Danach erst haben wir unsere Erklärung veröffentlicht und eine Beschwerde an den Gewerkschaftsbund gerichtet. Auf Antrag einer Fraktion eine Sitzung einzuberufen, habe ich abgelehnt, weil die Gewerkschaftskommission als politisch neutrale Körperschaft keine Fraktionen kennt. Uebrigens habe ich durch eine Frage an Reinau festgestellt, daß kein Ausschußmitglied der U. S. P.-Fraktion der Gewerkschaftskommission angehört und daß Rusch das einzige Mitglied der Fraktion in der Sitzung war. Er lehnte es aber ab, sich als Mitglied der Fraktion zu bekennen.

Weiter führte Genosse Körsten aus: Nachdem Rusch namens seiner Freunde sich hinsichtlich der Betriebsrätewahlen auf den Boden der Richtlinien des Gewerkschaftsbundes gestellt und die Regulativanträge zurückgezogen waren, konnten wir im Ausschuß wieder miteinander verhandeln. Das ist dann auch geschehen. Aber über die in diesem Augenblick hier vorhandene Beschwerde wollen Rusch und seine Freunde im Ausschuß nicht reden, obgleich unser Regulativ vorschreibt, alle Angelegenheiten müssen vor ihrer Behandlung im Plenum im Ausschuß besprochen werden. Hier im Plenum haben Sie ja die Macht, und die wollen Sie jetzt gegen mich anwenden. Ihr Mißtrauensvotum ist ein Ausdruck der Macht, aber kein Spruch der Gerechtigkeit. Sie haben sich in der Betriebsrätewahl in auf den Standpunkt des Gewerkschaftsbundes gestellt, aber in Wirklichkeit lassen Sie alles beim alten. Noch heute wird für die Wohl auf Ihrer Seite gearbeitet für das sogenannte revolutionäre

Kleines Feuilleton.

Schloßlegende und Sozialistengesetz.

Eine Aufklärung.

Zu Berlin im alten Schlosse
Sehen wir aus Stein gemeißelt,
Wie ein Weib mit einem Rosse
Sodomitisch sich ergötzt

Und es heißt, daß jene Dame
Die erlauchte Mutter ward
Unsres Fürstenstamms. Der Same
Schlug fürwahr nicht aus der Art.

Ja fürwahr, sie hatten wenig
Von der menschlichen Natur!
Und an jedem Preußenkönig
Merkte man die Pferdespur.

Das Brutale in der Rede,
Das Gelächter ein Gewieh'r,
Stallgedanken, — und das öde
Fressen — jeder Zoll ein Tier!

Du allein, du des Geschlechtes
Jüngster Sprößling, fühlst und denkst
Wie ein Mensch, du hast ein rechtes
Christenherz, und bist — kein Hengst!

Hohngelächter der Satire wider die Gottesgnadenmänner wilhelmischen Königtums! Demokratisch trotziger Volkssinn in Auflehnung gegen den absolutistisch aufrotzenden Herrscherdünkel! Was Gottesgnadentum! Das Gegenteil trifft's besser: Stallbestimmt! Berühmt ist Heinrich Heines „Schloßlegende", und als berühmt hat er sie von jeher verschrien bei allen schwarz-weiß-roten und schwarz-weiß-roten Monarchisten. Es ist das unbeerbbarste der Sonntlieder, die Heine gegen den vierten Friedrich Wilhelm geschoß. Konnte nur heimlich umlaufen in den Bilderbüchern der Reaktion, mit der dieses Fürstentreiment sich an der Revolution rächte, wurde in den siebziger Jahren erst einer reichsdeutschen Werkausgabe des Dichters eingeflickt und blieb dann wieder vergessenlich jahrzehntelang daraus fort.

Daß die „Schloßlegende" ihr sozialistengesetzliches Schicksal gehabt hat, wurde in sozialistischen Kreisen bisher immer als selbstverständlich angenommen. Aber doch fehlte ein bündiger Beweis. In Zenas Auers Dokumentenbuch „Nach zehn Jahren" ist das Gedicht unter den zwischen 1878 und 1888 verbotenen Druckschriften nicht genannt. Doch es blieb, seit die Heine Ausgabe von 1876, in der es stand, verarfiert war, aus allen Neudrucken der Werke weg. Geschah das freiwillig, ohne jeden höheren Eingriff?

Vor etwa anderthalb Jahren sprach die „Frankf. Zeitung" den Verdacht aus, der Verlag Hoffmann & Campe habe das Gedicht aus Liebesdienerei nach „oben" aus den Werken Heines herausgenommen. Daß aber dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt ist, dafür läßt sich jetzt ein Beweis geben: wir danken ihn Herrn A. Brinitzer, der seit Jahresfrist in Berlin sich müht, den Verlag Hoffmann & Campe zu neuem achtenswerten Leben zu erwecken, wozu sein Betreiben gehört, in Erinnerung an die rühmliche Vergangenheit des Verlags die Heine-Literatur durch schönbare Drucke zu fördern. Am Todestage Heines sind er einen Kreis von Freunden und Mitarbeitern zu einer Gedenkstunde, in der er mit einem Griff in die literarische Hinterlassenschaft des alten Verlags eine Menge namhafter Schriftsteller-Persönlichkeiten aus den vierzigerjahren in Briefen reden ließ: Heine, Gutzkow, Wilh. Marx, Grün, Hebbel, Ada Christen u. a. Dieser Schar gesellten sich auch zwei Buchhändlerschreiben, die insofern bemerkenswert waren, weil sie — das eine wenigstens — jenen bisher fehlenden Beweis enthalten. Herr Brinitzer hat dem Wunsche des „Vorwärts" sie veröffentlichen zu dürfen, dankenswert entsprochen. Der erste ältere, stammt aus Süddeutschland und lautet:

Herren Hoffmann & Campe in Hamburg

Nürnberg, 1 Dezember 1880.

Ich erachte es für kollegiale Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß ältern unbeteiligterweise bei mir eine polizeiliche Hausuchung nach sozialistischen Schriften stattfand, welche zwar und selbstverständlich vollkommen resultatlos war, aber doch, was ich für Sie interessierend halte, die Konfiskation einer einzigen noch in meinem Besitz befindlichen Lieferung von Heines Werken (Absolutismus und abgebrochene Töne enthaltend) mit sich brachte. Für den Fall Sie es für geboten halten, daß ich eine Artigade veranlassen soll würde ich dies in Ihrem Interesse, d. h. im Interesse Ihres Verlagsunternehmens, welches meine wärmsten Sympathien hat, tun. Anserdem würde ich darauf für meine Person verzichten, da ich Heines Werke in einer Privatbibliothek habe und die einzelne Lieferung vollkommen wertlos ist.

Hochachtend C. Rüll, in Firma J. Lotzbeck, Verlag.

Von der „Schloßlegende" ist in diesem Briefe nun zwar nicht die Rede, aber immerhin läßt sich aus den Zeilen schließen, daß Heine mit irgend einem Werke auf der polizeilichen Proskriptionsliste stand. Die ängstenden Beamten hielten sich wohl, weil sie das angeklagte Werk nicht finden konnten an den Namen des Dichters und suchten ein, was sie fanden. Doch gesucht wurde nicht nur in Nürnberg. Ein zweiter Brief leat dar, daß man auch in Berlin, der Zentrale der Polizeihatz gegen Heine an der Arbeit war und er nun läßt seinen Zweifel daran, um welcher Schönheit willen der Eifer der Polizei flammte. Dieser zweite Brief lautete so:

Herren Hoffmann & Campe in Hamburg

Berlin, 11. Dezember 1880.

Da ich wegen einer bei mir konfiszierten Heine-Volksausgabe auf Montag, den 13 d. M., zum Termin geladen bin, würde ich Sie bitten, da ich wohl voraussetzen darf, daß sie in der Angelegenheit wohlunterrichtet sind, mich umgehend in Kenntnis zu setzen, wie ich mich dabei am besten zu verhalten habe. Gleichzeitig würde ich Sie ersuchen, mir 4 Kartons zum Einkleben an Stelle der Schloßlegende der Kreuzband zu übersenden, und mir gleichzeitig mitzuteilen, ob Heine ohne die Schloßlegende unbeanstandet verkauft werden kann.

Ihnen im voraus bestens dankend, zeichnet hochachtungsvoll

E. Moder, Sort.-Buchh., Potsdr. 28.

Der Berliner Sortimenter wurde also, weshalb ihm das Exemplar der Heine-Volksausgabe polizeilich weggenommen wurde. Die „Schloßlegende" war das Ziel. Sie mußte aus den Bänden herausgeschnitten werden. Und zweifellos nicht nur in Berlin, denn hier wirkte Reichsgesetz, ausgeübt und ausgedehnt nach dem Gewissenwitz in der preußisch-deutschen nachschwarzen Reaktion. Unter Lilie der sozialistengesetzlich niedergestampften Schriften ist alle um diese Stück zu erweitern, und damit nicht auch der Name Heinrich Heine in deren Verfasserreihen ein. Denn dieser gedachte Name fehlt dort bisher neben den anderen Dichtern von Hermann bis Hendell, es sei denn, daß das 1878 erfolgte Verbot des Liedtrutzes „Harfenmädchen" sich auf das einleitende bekannte Gedicht auf Heines „Wintermärchen" bezieht.

Daß sorlan das Heineische Vasauill bei den Herren Deutschlands verbönt war, war ein natürliches Ergebnis, als der Gottesgnadentitel seiner fürstlichen Entwicklung zutrieb. Kein deutscher Verleger riskierte mehr, das Gedicht in die Werke Heines anzunehmen, auch solche Verleger und Herausgeber nicht, bei denen von Liebedienerei vor den Hohenzollern ganz und gar nicht die Rede sein konnte. Sie saßen sich eben der notorischen Sozialistengesetz überdauernden Gefahr, sozialistisch belangt zu werden. Die aber hat erst mit der Novemberrevolution von 1918 ihr Ende gefunden, so daß heute — nunmehr in der vom „Vorwärts"-Verlag veranstalteten Sonderausgabe der politischen Gedichte Heines „Wir weben! wir weben!" — die „Schloßlegende" endlich wieder den Platz füllen kann, der ihr fast vierzig Jahre lang gesperrt war.

fed.

* **Kunstgewerbeschule.** Morgen, Freitag, abend 8 Uhr findet in der Aula der Kunstgewerbeschule der 2. Vortrag von Herrn Dr. Wichmann-Leipzig über das Kunstgewerbe zu Rembrandts Zeit mit Lichtbildern statt. Mitglieder der Kunstgewerbe- und Künstlervereinigungen haben ermäßigten Zutritt.

Stadttheater: Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die heutige Vorstellung „Siegfried" um 6 Uhr beginnt. Freitag gelangt Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm" zur Aufführung, Sonnabend „Iffeblil". Wie bereits bekanntgegeben, wird das Werk ohne Pause durchgespielt; die Theaterbesucher werden deshalb höflichst ersucht, rechtzeitig zum Beginn der Vorstellung ihre Plätze einzunehmen, um Störungen zu vermeiden. Die Eingänge zum Zuschauerraum bleiben während der Aufführung geschlossen. Zuspätkommende können für den dadurch bedingten Verlust ihrer Plätze nicht entschädigt werden. Sonntag nachmittag 3 Uhr wird das Singspiel „Das Dorf ohne Glocke" gegeben, abends 7 Uhr „Königskinder", Montag „Der Bajazzo", hierauf „Cavalleria rusticana".

Im Theater-Theater gelangt am Sonntag, abend 7 Uhr das Schauspiel „Nora" von Ibsen durch das Stadttheaterpersonal zur Aufführung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200311-15/fragment/page=0003

Rätesystem und gegen die Arbeitsgemeinschaft. Weil wir darauf halten, daß nach den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes gearbeitet wird, darum haben wir uns mit der Mehrheit der Gewerkschaftskommission in Widerspruch gesetzt, und die Mehrheit will uns jetzt ihre Macht zeigen.

Kösten betonte schließlich, hier werde ein Kampf von links gegen rechts geführt und er werde in diesem Kampf als Opfer fallen. Was ihm jetzt zum Vorwurf gemacht werde, das sei nichts weiter, als daß er in fünf Tagen keine Sitzung einberufen habe. Dafür solle er nun gehängt werden. In Wirklichkeit handle es sich darum, daß man einen mißliebigen Gegner loswerden wolle.

Auf Antrag von Hensel und Else Bäck beschloß die Versammlung: Das Verhalten Kösters ist unvereinbar mit den Aufgaben eines Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission. Kösten wird deshalb seines Postens als Vorsitzender enthoben und sofort ein anderer Genosse mit der Leitung der Gewerkschaftskommission beauftragt.

Ein Antrag Vollmershaus wurde angenommen, welcher sagt: Anläßlich des Konflikts über die Betriebsrätewahl, dessen Fortdauer zur Zersplitterung führen muß, nimmt die Gewerkschaftskommission den Beschluß der Vlenarversammlung und des Ausschusses vom 13. Februar erneut auf, wonach nur freigewerkschaftliche Listen durch die Gewerkschaften aufzustellen sind. Es wird jedoch von jedem Kandidaten verlangt, daß er sich verpflichtet, sein Amt als Betriebsrat niederzulegen, wenn er von der Mehrheit seiner Mandatgeber dazu aufgefordert wird.

Als Vorsitzender der Gewerkschaftskommission wurde Rusch gewählt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Explosion durch schlagende Wetter.

WTB. Heldrungen, 10. März. Im Kalischacht der Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst, Oldesleben, ereignete sich heute eine Explosion schlagender Wetter. Dabei wurden 13 Personen verletzt; drei der Bergleute sind gestorben, vier weitere sind schwer verletzt.

Polnischer Sieg über das rote Heer.

WTB. Amsterdam, 10. März. „Times" melden aus Warschau, daß die Polen dem russischen roten Heere eine Niederlage bei Kalemkowitsch beigebracht, mehr als 1000 Gefangene gemacht und viel Kriegsgerät erbeutet haben.

Ein 24stündiger Proteststreik in Neapel.

WTB. Mailand, 10. März. Laut „Carriere della Sera" hat in Neapel infolge von Zusammenstößen zwischen Volksmenge und Polizei ein 24stündiger Proteststreik der Straßenbahner, Angestellten und Arbeiter einiger Fabriken und vieler Privatangestellter begonnen. In Stadt und Hafen herrscht Ruhe. Die Blätter konnten wegen Arbeitseinstellung der Setzer nicht erscheinen.

Kerenski in Schanghai.

WTB. Amsterdam, 10. März. Wie die Blätter melden hält sich Kerenski augenblicklich in Schanghai auf, um den Widerstand Chinas gegen die Bolschewisten zu organisieren.

Eine englische Polizeistation gesprengt.

WTB. London, 9. März. Die Polizeistation von Huggenston in der Grafschaft Killenny wurde am frühen Morgen mit Bomben und Sprengmitteln angegriffen. Ein Teil der Station flog in die Luft. Die Angreifer erbeuteten Waffen und Munition. Ein Polizeibeamter erlag seinen Wunden.

Drohender Landarbeiterstreik in Finnland.

WTB. Helsingfors, 10. März. In Finnland droht ein allgemeiner Landarbeiterstreik infolge revolutionärer Agitation unter den Landarbeitern auszubrechen.

Eine Radiostation an der Westküste Schwedens.

WTB. Kopenhagen, 10. März. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: Die schwedische Telegraphenverwaltung hat der Regierung den Plan der Errichtung einer großen Radiostation an der schwedischen Westküste vorgelegt. Die Station wird dem telegraphischen Verkehr mit Amerika dienen und auch als Durchgangsstation für Rußland verwendet werden. Die Station wird ungefähr den gleichen Radius erhalten, wie die deutsche Station Nauen. Die Masten werden 200 Meter hoch sein.

Verantwortlich für Politik und Sonstiges i. V.: W. Lanzke, für „Aus dem Verbreitungsgebiete" und „Aus dem Stadtkreis": R. Gerbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Walhalla-Operettentheater.
Anfang ½8 Uhr:
Nur noch wenige Tage: Die Czikosbaroness.
In Vorbereitung:
Der Mann ohne Vergangenheit.
Sonntag nachm. ½4:
Rapunzel mit dem langen Haar.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater
Freitag, d. 12. März 20:
Anfg. 7, Ende 9½ Uhr:
Minna von Barnhelm.
Sonnabend:
Hedbill.

VEREINIGTE LICHTSPIELE.

Orpheum, Steinweg 12.
Julius Cäsar.
Der grösste Prunkfilm der modernen Kinematographie, in Roms historischen Stätten aufgenommen.
Ueber 10000 Mitwirkende.
7 gewaltige Akte.
Charly schwenkt den Ochsen in der Luft.
Trickfilm.

Volks-Lichtspiele, Geiststrasse 5.
Die schwarze Marion.
Drama in 4 Akten.
In den Hauptrollen:
Charlotte Böckli — Reinh. Schünzel.
Se. Durchlaucht der Landstreicher.
4 Akte köstlichen Humors.
Glänzendste Ausstattung.

Prinzess, Schmeerstrasse 5.
Der Tänzer
II. Teil.
nach dem Roman von Felix Holländer.
6 Akte höchster Spannung.
Olly geht bummeln.
Lustiges Lustspiel in 3 Akten.

Germania, Triftstrasse 22.
Der Sonnenwendhof
nach dem gleichnamigen Roman.
6 Akte höchster Spannung.
Der verschwundene Pokal.
3 Akte sprühenden Humors.

Beginn täglich 3 Uhr. Jugendliche und Kinder haben bis 5 Uhr Zutritt.

Ab Freitag, den 12. März.

Apollo-Theater Anf. 7½ Uhr.
Nur noch wenige Tage!
Der brill. Operettenschlager:
„Frl. Puck"
Dienstag, den 16. März: Premiere:
Die kleine Heheit.

Gasthof Roter Löwe
Weissenfels.
Zwangloses, freundl. Familienlokal aller Kreise.
Spezialausschank der Ersten Kulmbach. Akt.-Exportbier-Brauerei.
Eingeführt. F. Oettler-Bier.
Der Zeit entsprechende Speisen.

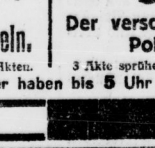
Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 14. März 1920, abends 7 Uhr:
Nora.

Nähmaschinen
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen.
Karl Möller, Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

Felle!

Ziegen	bis	250	Mk.
Zickel	„	25	„
Schmaschen	„	15	„
Katzen	„	50	„
Hamster	„	8	„

Marder, Füchse, Iltis usw. höchste Tagespreise.
R. Pannier,
Schillerstraße 28, Hof. 9—12 u. 2—5.
Betr. d. Fa.: Julius R. Fränkel, Leipzig.

Vermischtes
Nicht der dümmste Bauer hat die größten

Kartoffeln,
sondern wer sich die Ratschläge zunutze macht des „Lehrmeisters im Garten und Kleintierhof". Probenummer kostenlos vom Verlag d. Volksstimme G. m. b. H., Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Starke Kohlenersparnis
bietet der von der Firma Mahling & Blum, Charlottenburg, z. Zt. im Restaurant „Zum Schultheiß", Poststraße 5, ausgestellte
Kohlensparapparat „Küchenschatz"
sowie die übrigen dort ausgestellten Apparate.
Wir haben veranlaßt, daß die Ausstellung noch um weitere 2 Tage verlängert wird. Den kostenlosen Besuch derselben können wir nur empfehlen.
Die Ausstellung ist am Sonnabend von 2—7 und am Sonntag von 9—7 Uhr geöffnet.
Halle a. Saale, den 11. März 1920.
Ortskohlenstelle.

Nur wir
geben prima Strickwolle für
Wollabfälle
und Schafwolle
in Zahlung und zahlen
höchste Tagespreise.
Kutter & Noack,
Kl. Klausstr. 6. Telephon 4932.

Verlobungs-Ringe

Eigene Fabrikation, daher billigste Bezugsquelle.
Werkstatt mit elektrischem Betrieb.
R. Voss, Geiststr. 46
Gold- und Juwelen-Fabrikant.

Merseburg.
Freitag, den 12. März 1920, abends 7½ Uhr im „Kasino"
Oeffentliche Volksversammlung
Genosse Oberbürgermeister Beims-Magdeburg
spricht über
Deutschlands Gegenwart und Zukunft.

Haltbare
Schultornister
in prima Rindleder und jeder Ausführung.
Lederwaren-Spezial-Geschäft
Hugo Krasemann
nur Schmeerstr. 19.

Kaufgesuche
Möbel
Wäsche
Federbetten usw.
kauft zu hohen Preisen
Frau Hornickel,
Gr. Klausstr. 19
Ecke Domstr. Tel 4314

Alt-Metalle
kauft z. höh. Preis.
Gebr. Plato,
Gr. Brauhausstr. 29

Magnet,
2 Zylinder zu kaufen gesucht.
C. Köhler, Kl. Sandberg 23.

Aus Donnerstag und Freitag eintreffenden Ladungen
frische Seefische
in bester Ware, billige Preise.
Abgabe auch an Wiederverkäufer.
Prompter Versand nach auswärts.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
„Nordsee"
Fernsprecher 1275 und 1274.

Soeben sind erschienen:
Die neuen
Steuergesetze
Zweite Reihe
Reichsabgabenordnung
nebst Einführungsordnung
Reichsnotopfer
Umsatzsteuer
Steuernachsicht
zum Preise von Mk. 5.50.
Buchhandlung Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.
Bestellungen nehmen auch alle Austräger der Volksstimme entgegen.

Lampen
Kocher
Plätten
u. alles was man braucht f. Gasu. Elektrisch, kauft man am besten bei
Kurt Litzenberg,
Metallw.-Fabr.,
Laden:
Gr. Steinstr. 11.
Bei Reparatur rufe man 4025 und 4316 an.

304
Vernickeln,
Erneuern
von Metallgegenständen — jeder Art führt aus
Ferd. Haussenbler,
Metallwarenfabrik. Vorstadt 9. Telefon 1196.
Gegründet 1839.

Ammendorf., Beesen. Osendorf.
Am Freitag, den 12. März, abends 7 Uhr findet in
Ammendorf im „Goldenen Adler"
eine
öffentl. Volksversammlung
mit freier Aussprache statt.
Thema:
Die Politik der unabhängigen oder unabhängige Politik.
Redner: Dr. Stadtler, Berlin.
Zahlreiches Erscheinen aus Ammendorf u. Umg. erwartet.
Zur Deckung des Teiles der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. erhoben.
Liga zum Schutze der deutschen Kultur
Sektion Halle.

Weißenfels

Auszahlung der Familienunterstützungen.
Die nächste Auszahlung der Familienunterstützungsbeträge an die Angehörigen der zum Heeres- oder Kriegsdienst einberufenen findet am Dienstag, den 16. März 1920, in der Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 5, vormittags von 8 bis 1 Uhr statt.
Die Empfänger haben jede wichtige Veränderung ihrer Verhältnisse (Geburt und Tod bei Kindern, Vollendung des 15. Lebensjahres bei Kindern, Uebernahme lohnender Arbeit, Beginn von Hinterbliebenenrente, Erwerb von Vermögen usw.) dem Kriegsunterstützungsamt (Rathaus, Zimmer Nr. 7) anzuzeigen. Insbesondere ist sofort mitzuteilen, falls der Einberufene vom Militär entlassen bezw. bis zur Entlassung beurlaubt ist.
Weißenfels, den 12. März 1920.
Der Magistrat.

Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.
In der Woche vom 15.—20. ds. Mts. kommen nach der Kundenliste
auf Marke 352: 125 gr Haferflocken zum Preise von 92 Pfg. das Pfund
zur Verteilung.
Markenablieferung und Bestandsanzeige der Verkaufsstellen am Dienstag, den 23. März 1920, an die Warenabteilung des städt. Lebensmittelamtes, Leopold Klotz, 14.
Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. 9./4. 11. 19 bestraft.
Weißenfels, den 12. März 1920.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Im Auftrage der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen werden in nächster Zeit in hiesiger Stadt Prüfungen von Blitzableiteranlagen durch Sachverständige vorgenommen werden.
Den bei der Sozietät versicherten Gebäudeeigentümern, deren Gebäude mit Blitzableitung versehen sind, ist hierdurch Gelegenheit geboten, die Anlagen billig prüfen zu lassen, da die Sozietät zu den Kosten dieser Prüfungen eine Beihilfe gewährt.
Diejenigen Gebäudeeigentümer, welche von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, werden ersucht, sich baldigst in unserem Stadtsekretariat — Rathaus, Zimmer 12 — zu melden.
Weißenfels, den 10. März 1920.
Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200311-15/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Rednervereinigung der S. P. D. Heute, den 18. März, abends punkt 7½ Uhr im Augustiner Bräu, Mittelstr., 1. Zusammenkunft. Vortrag des Genossen Pikard: Religion ist Privatsache. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 11. März 1920.

Eigenbewirtschaftung von städtischem Grund und Boden und die Ernährung der Stadtbevölkerung.

Bekanntlich können die hiesigen „deutschnationalen" Stadtverordneten nicht oft genug ihre „warnende" Stimme vor dem Stadtforum erheben, um gegen die Eigenbewirtschaftung des städtischen Grund und Bodens anzukämpfen. Erst in der letzten Stadtverordnetensitzung bemühte sich Herr Steinbrück wieder, daß ein Privatpächter der Stadt noch einmal soviel Lebensmittel liefern könnte, wie durch den Eigenbetrieb überhaupt herausgewirtschaftet wird. Ueber dieses besonders für Halle aktuelle Thema äußert sich der bekannte Volkswirtschaftler Gen. Lipschitz in einem Artikel über „Neue Aufgaben der Städte", dem wir folgende für uns besonders interessante Stellen entnehmen:

Wenn wir uns die Ernährung der großstädtischen Bevölkerung in den Jahren während des Krieges vor Augen halten, dann fällt uns besonders die gänzlich unzureichende Versorgung mit Kartoffeln, Gemüse und Obst auf. Es ist auch hinreichend bekannt, daß alle Maßnahmen der Reichsstelle für Gemüse und Obst, seien es nun Verordnungen über die Festsetzung von Höchstpreisen oder über die Regelung der Preisbemessung durch örtliche Zuschläge oder Anordnungen zum Ausgleich der Groß- und Kleinhandelspreise, gänzlich versagt haben und in der Regel dazu führten, die betreffenden Nahrungsmittel vom Markte zu vertreiben und dem Schleichhandel zuzuführen. Angesichts dieser Tatsachen ist es um so auffallender, daß von seiten der Großstädte so gut wie gar nichts getan worden ist, um diesem Uebelstande abzuhelfen. Wirft man aber die Frage auf, welche Mittel und Wege dazu geeignet gewesen wären, so lenkt sich der Blick von selbst auf den städtischen Landbesitz, durch dessen zweckmäßige Ausnutzung es zweifellos möglich gewesen wäre, die Ernährung der darbenden Großstädter zu verbessern und zu verbilligen. Leider muß gesagt werden, daß bisher nur sehr wenige Großstädte dazu übergegangen sind, ihre teilweise recht umfangreichen Güter in eigene Verwaltung und Bewirtschaftung zu nehmen. In der Regel war bis heute die langfristige Verpachtung der städtischen Ländereien an kreditfähige Landwirte üblich. Gerade diese aber hat dazu geführt, daß die Pächter der meist in der Nähe der Großstädte gelegenen Güter die Notlage der städtischen Bevölkerung ausnutzten, um sich durch den direkten Verkauf ihrer Erzeugnisse in der Stadt möglichst hohe Gewinne zu verschaffen. Es dürfte noch in frischer Erinnerung stehen, wie im Frühjahr 1919 die Einwohner Hannovers von dem Pächter des städtischen Rittergutes Kleefeld bei dem Verkauf von Erdbeeren und anderen Früchten geradezu bewuchert wurden. Es muß daher mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es heute mehr denn je Aufgabe der Großstädte ist, die ihnen gehörigen Ländereien in erster Linie zur besseren und billigeren Versorgung ihrer Einwohnerschaft mit den notwendigsten Lebensmitteln zu verwenden. Das aber können sie nur dann erreichen, wenn sie ihre Güter so bald wie möglich in eigene Bewirtschaftung nehmen und gegebenenfalls durch Zukauf weiteren Grundbesitzes vergrößern, welch letzteres z. B. kürzlich von seiten der Stadt Hannover geschehen ist.

Zu einer zweckentsprechenden Ausnutzung der städtischen Ackerflächen wird dann allerdings die Anstellung von landwirtschaftlich vorgebildeten Fachleuten nicht zu umgehen sein, denen eine Stelle in der Stadtverwaltung einzuräumen und die Gelegenheit zu möglichst selbständiger und umfassender Betätigung zu geben ist, wobei daran zu denken, daß diesen Leuten auch das Dezernat für das Pacht- und Siedlungswesen übertragen werden könnte. Des weiteren ist es besonders wichtig, daß auf die Erzeugung derjenigen Nahrungsmittel der größte Wert gelegt wird, die in den Kriegsjahren am schwersten zu beschaffen waren und am meisten entbehrt wurden. Es wäre also ausgedehnter Kartoffelbau, Feldgemüsebau, Obstbau und eventuell Zuckerrübenbau zu treiben, und es müßten die auf den städtischen Ländereien geernteten Früchte zu von der Stadt festgesetzten, möglichst niedrig zu bemessenden Preisen in den Markthallen und sonstigen städtischen Verkaufsstellen abgegeben werden.

Zur weiteren zweckmäßigen Verwertung der für den freihändigen Verkauf nicht in Frage kommenden Feldfrüchte würde dann nötigenfalls die Errichtung eigener städtischer Konservenfabriken gehören. Auch die dort hergestellten Waren müßten wiederum direkt von der Stadt an ihre Einwohner verkauft werden, um den unbeliebten und preisverteuernden Zwischenhandel auszuschalten. Endlich sei darauf hingewiesen, daß die Städte durch Einrichtung von Ammelwirtschaften und Schweinemästereien auf ihren Gütern in der Lage sein würden, die Fleisch-, Fett- und Milchversorgung wieder in geordnete Bahnen zu lenken, welch letztere durch die bedeutenden Preiserhöhungen und die Ablieferungssabotage der Landwirte einen für Kranke, Kinder, Säuglinge und stillende Mütter geradezu bedrohlichen Rückgang erfahren hat. Wir glauben aber, daß es auf diese Weise unschwer gelingen würde, eine wesentlich bessere und billigere Ernährung der großstädtischen Bevölkerung herbeizuführen und daß die hier nur in großen Zügen angedeuteten Maßnahmen einen sehr erheblichen Einfluß auf die Preisgestaltung der notwendigsten Lebensmittel ausüben könnten, wenn sich möglichst alle Städte, die über umfangreichen Landbesitz verfügen, zu einem derartigen Vorgehen entschließen wollten. Allerdings müßte damit bald begonnen werden, wenn für das Jahr 1920 noch etwas Ersprießliches dabei herauskommen soll. Gerade im Hinblick auf die immer steigenden Preisforderungen der Landwirte und die ihnen von der Regierung bereits zugestandenen gestaffelten Ablieferungsprämien und die Riesenpreise für die Ernte 1920 glauben wir die eigene Nahrungsmittelerzeugung den Großstädten nicht dringend genug empfehlen zu können.

Mehr Gemeinschaftssinn!

Es gibt viele Menschen, die machen einen Unterschied in der Behandlung von Gütern, je nach dem sie ihr Eigentum sind oder fremden Besitzern gehören. Wie oft sieht man, daß fremdes Eigentum, das am Wege liegt, zertreten oder durch Richtaufheben vor der Zerstörung nicht gerettet wird!

Hundert stolpern über den gleichen Gegenstand, niemand hebt ihn auf! Man sieht am geöffneten Hahn Wasser zwecklos ablaufen, man sieht Lampen nutzlos brennen, man verschwendet Kohle und Holz. Nur wenn die Beschaffung vom eigenen Gelde erfolgen muß, möcht das Interesse an der Erhaltung und der fürsorglichen Behandlung Dieser höchst traurige Zustand ist in seinen wirtschaftlichen Wirkungen gerade in der jetzigen Zeit der größten Not verhängnisvoll. Er ist das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft in der der Arbeiter infolge der Ausbeutung, der Loslösung von den Produktionsmitteln, das Interesse an ihrer Erhaltung vielfach verloren hat.

Wir stehen nun vor der unumstößlichen Tatsache, daß dieser Geist sich auch gegen das Gemeindeeigentum wendet, das in viel höherem Maße schutzbedürftig ist als das Privateigentum, das der Besitzer selbst in höchstem Maße zu schützen bestrebt sein wird. Ohne gemeinwirtschaftlichen Geist in einer ganzen Arbeitsgemeinschaft ist Gemeinwirtschaft ein leerer Begriff und wirtschaftlich ein Unglück. In der Gemeinwirtschaft muß jeder jedes Teil, das es noch so gering und wertlos erscheinen, als schutzbedürftig betrachten und es sozialistisch behandeln, als wenn es sein privates Eigentum wäre. s

Im Reichswert Spandau, in dem seit Mai ein besonderer Sicherheitsdienst eingerichtet ist, wurden Diebstähle im Werte von 2.287 Millionen Mark festgestellt, von denen für 1.8 Millionen Mark wiedererlangt werden konnten. Die Diebstähle, die nicht

„Der Schandfleck"

heißt der neue Roman, womit wir morgen beginnen. Der vielgelesene Dichter des „Pfarrer von Kirchfeld",

Ludwig Anzengruber

ist der Verfasser dieses Werkes, welches unstreitig das poetischste ist, was von ihm in erzählender Form geschaffen wurde. Anzengruber ist der eigentliche

Dorfgeschichtenerzähler

geworden und er hat auf diesem Gebiete der Dichtkunst eine überragende Stellung eingenommen. Seine Menschengestaltung beruht auf ein tiefes soziales Einfühlen in den Geist seiner Zeit, ist deshalb echt und von bewundernswerter Vielseitigkeit. Aus allen Gestalten seiner Werke leuchtet die Liebe für das Volk hervor. Nun da seine Dichtungen frei geworden sind (der Dichter starb am 10. Dezember 1889) können sie auch größeren Volkskreisen erschlossen werden. Ein reicher Born edler Unterhaltung tut sich damit auf.

ermittelt werden konnten, hinzugerechnet, dürften sich sicher Beträge von 10—15 Millionen Mark ergeben. Und nun beachten wir, daß das gesamte Gut dem Reich gehört, der Volksgesamtheit!

Aber selbst von den Diebstählen abgesehen, welche gewaltigen Werte gehen als Verluste für die gesamte Volkswirtschaft zugrunde durch Interesselosigkeit derjenigen, die sie mit aller Sorgfalt hüten sollen. Sehen wir in die städtischen Betriebe, in die staatlichen Werke, Eisenbahnen usw., wir finden denselben Geist und dieselbe Interesselosigkeit, wie sie in den kapitalistischen Großbetrieben sich entwickelt hat.

Diese Krankheit muß überwunden werden, wenn wir die Gemeinwirtschaft einführen und wenn diese wirklich eine höhere Form der Wirtschaft werden soll. Wir brauchen also dringend eine völlige geistige Umgestaltung, wenn jemals die Sozialisierung Wirklichkeit werden soll. Diese geistige Verfassung macht erst den wirklichen, den echten Sozialisten, der in jedem Stück einen Teil des Ganzen sieht. An seinen Taten wird man ihn erkennen! Der, der sich bückt, freiwillig aus eigenstem Antrieb, um eine der Gesamtheit gehörendes Stückchen an seinen Platz zu legen, der beweist sichtbar eine innerlich geistige Verfassung. Diese Verfassung muß aber durch Uebung erlernt werden, auch dann, wenn es sich um Privateigentum handelt. Zur Rettung aus unserer großen wirtschaftlichen Not fordern wir die Gemeinschaft, in der das Interesse der Gesamtheit auch für alle Teile bestimmend bleibt. Zu dieser Gemeinwirtschaft brauchen wir sozialistischen Geist. Ihn zu wecken und zu entwickeln, darf keine Minute verloren gehen, damit schnellstens eine große geistige Bewegung entsteht, die uns aus der Demoralisation und vor dem Abgrund rettet, an dem wir bereits hart stehen.

Verkehr nach Ostpreußen.

Nach den Friedensbedingungen ist mit dem 19. Tage nach der Ratifizierung, also vom 29. Januar ab, ein Bahnverkehr mit deutschen Betriebsmitteln und unter ausschließlich deutscher Leitung von Mitteldeutschland nach Ostpreußen nicht mehr möglich.

Die Friedensbedingungen sehen zwar einen ungestörten Verkehr durch den polnischen Korridor vor. Auch gibt sich die Reichsregierung der Erwartung hin, daß mit der zugesagten Unterstützung der polnischen Stellen sich ein glatter Durchgangsverkehr, insbesondere für Personen und Post, wird bewerkstelligen lassen.

Um aber unter allen Umständen eine ungestörte Verbindung mit Ostpreußen aufrecht zu erhalten, hat die Hamburg-Amerika-Linie Seebäderdienst Hamburg, zusammen mit der Stettiner Dampfschiffsgesellschaft J. F. Bräunlich, die bekanntlich in den Sommermonaten den Seebäderdienst auf Rügen unterhält, eine regelmäßige Passagierdampferverbindung von Swinemünde nach Pillau mit täglichen Abfahrten vorgesehen.

Um dem reisenden Publikum den Verkehr nach Möglichkeit zu erleichtern, sind nun direkten Anschluß an die Dampferabfahrt und -ankunft Sonderzüge von und nach Pillau bezw. Swinemünde vorgesehen, die als beschleunigte Personenzüge mit 2. und 3. Klasse durchgeführt werden. Die Züge werden sowohl in Swinemünde als auch in Pillau ins Hafengleis gestellt, so daß ein direktes Umsteigen in und von den Dampfern möglich ist. Die Fahrten beginnen in der Richtung von Swinemünde nach Pillau am 29. Januar und von Pillau nach Swinemünde am 31. Januar. Die Dampfer laufen 15 Seemeilen und legen bei normaler Reise die Strecke Swinemünde—Pillau in 15 Stunden zurück. Für gute Restauration an Bord ist gesorgt. Im einzelnen ist folgender Fahrplan vorgesehen:

Berlin, Stettiner Bahnhof	ab 10,35 V.
Swinemünde, Hauptbahnhof	an 2,15 N.
„	ab 2,25 N.
Swinemünde, Hafengleis	an 2,40 N.
„ per Dampfer	ab 4,00 N.
Pillau	an 7,00 N.
Pillau	ab 10,00 N. spätestens.
Königsberg, Lizentbahnhof	an 11,09 N.
„ Ostbahnhof	an 11,15 N.
Von Königsberg nach Berlin:	
Königsberg, Ostbahnhof	ab 7,00 V.
„ Lizentbahnhof	ab 7,05 V.
Pillau	an 8,15 V.
Pillau	ab ca. 9,00 V.
Swinemünde	an 12,05 N. (bei normaler Reise)
„ Hafengleis	ab 3,45 N.
„ Hauptbahnhof	ab 4,10 N.
Berlin, Stettiner Bahnhof	an 8,00 V.

Es werden für die Fahrt nach bezw. von Berlin und Königsberg 3 Fahrkarten ausgegeben, eine Bahnfahrkarte für die Strecke Berlin—Swinemünde, die Schiffskarte Swinemünde—Pillau und eine dritte Karte für die Bahnfahrt Pillau—Königsberg, eben so umgekehrt. Außerdem sind für die Weiterreise nach anderen Richtungen die Fahrkartenschalter auf den Hauptbahnhöfen in Swinemünde und Pillau nach Dampferankunft geöffnet. Da der Fahrkartenverkauf für die Dampfer sich nach der zulässigen Personenzahl richten muß, findet ein Verkauf der Dampferfahrkarten lediglich bei folgenden Stellen statt:

in Hamburg bei der Hamburg-Amerika-Linie,
in Berlin bei dem Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie, Unter den Linden 8, sowie bei den Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros;
in Stettin bei der Stettiner Dampfschiffsgesellschaft Bräunlich und bei der Firma Mügge, dem Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie,
in Swinemünde bei der Firma J. Müller,
in Königsberg bezw. Pillau bei der Firma Robert Mayhöfer.

Auch die Unternehmer der Metallindustrie verschließen sich den zwingenden Notwendigkeiten.

Wie im Buchdruckgewerbe sich anläßlich des Kampfes um den Reichstarif Gewitterwolken bilden, so steht auch das Barometer der Metallindustrie auf Sturm. Am 2. März sind die alten Tarife für die Metallarbeiter abgelaufen. Daß sie vom Fluß der Geldentwertung schon längst überholt waren und die Metallarbeiter auf eine, gegenüber den anderen Arbeiterkategorien, sehr niedrigen Entlohnungsstufe standen, ist allgemein bekannt. Trotzdem haben sich die Unternehmer bei den stattgefundenen Verhandlungen sehr starrköpfig gezeigt und die Zugeständnisse, die sie zu machen bereit sind, reichen noch lange nicht an die Sätze heran, die kürzlich z. B. von den Holzarbeitern erkämpft wurden. Zwei gutbesuchte Metallarbeiterversammlungen im Volkspark lehnten deshalb die kargen Zugeständnisse der Unternehmer als völlig unzulänglich ab. Der Schlichtungsausschuß soll nun als letzte Instanz entscheiden. Die Metallarbeiter ihrerseits haben bereits wesentliche Zugeständnisse an die Unternehmer gemacht. So haben sie die Forderung der verkürzten Arbeitszeit fallen gelassen. Den Industriellen scheint dieser Geist der friedlichen Verständigung abzugehen und es kann leider durch ihr Verhalten dazu kommen, daß in Halle ein großer Wirtschaftskampf in der Metallindustrie entbrennt. Ob die Unternehmer die damit verbundenen Erschütterungen unseres gesamten Wirtschaftslebens verantworten wollen? Wenn ihnen dieses Verantwortungsgefühl abgeht, dann muß ihnen eben von maßgebender Seite klar gemacht werden, daß das deutsche Volk vor derartig verhängnisvollen Experimenten mit allen zur Verfügung stehenden Kräften bewahrt werden muß.

In der Straßenbahn gefunden:

In der Zeit vom 1. bis 29. Februar 1920 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden:

4 Spazierstöcke, 10 Regenschirme, 12 Paar Handschuhe, 3 einzelne Handschuhe, 1 Muff, 1 Schleier, 1 Mantelkärtel, 1 grünes Kissen, 1 Tuch, 1 Arbeitsjacke, 1 goldene Kette, 1 Brosche, 1 Halskette, 1 Medaillon, 2 5-Markscheine, 1 Klemmer, 1 blaue Brille, 2 Beutel, 5 Wachstuchtaschen, 3 Rucksäcke, 2 Handtaschen, 1 Brieftasche, 1 Feldflasche, 6 Geldbörsen, 1 Paket Streichhölzer, 1 Sack, 2 Schlüssel, 2 Bücher, 1 Feldkessel, 2 Beamtenfahrkarten, 1 Paket, 1 Kinderjacke, 1 Paar Filzpantoffeln, 7 Photographien, 1 Karten Glasaugen, 1 Kaffeeflasche, 1 Emaileeimer, 1 Zigarrentasche, 1 Brief.

Eigentumsansprüche können bei unserer Fundsachenaufbewahrungsstelle Berliner Straße 1, bis 31. Mai 1920 geltend gemacht werden.

Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert.

Streichholzschachteln als Agitationsmittel der Freihändler.

Nach dem Gesetz vom 20. September soll spätestens bis 31. März 1921 das Zündholzmonopol eingeführt werden. Der Kampf gegen dieses Monopol soll nun mit der Zündholzschachtel geführt werden, die nebenstehenden Aufdruck erhalten soll. Es wird nachgerade ergötzlich, mit welchen Mittelchen man immer wieder versucht, auf die Arbeiterschaft als große Konsumentenmasse einzuwirken. Die Leute, die bei dem jetzigen chaotischen Wirtschaftsleben unseres Volkes verlorene ochenden Werte einheimsen, sind in allerletzt dazu berufen, in dieser Art und Weise an die Konsumenten zu appellieren. Wir können nur immer wünschen, recht bald zum Staatsmonopol zu kommen, das uns allein eine gerechte Verteilung billiger Zündhölzer wird bringen können.

Das Zündholz-Monopol droht!

das heißt Verteuerung der Fabrikation und damit der Ware. Berücksichtigung der kleinen Betriebe Brotgewinnung der Arbeiter denen andere Arbeit verschlossen oder die unfähig dazu sind.

Hausfrauen, wehrt Euch!

Zur Richtigstellung! In einer Notiz in der Nr. 59 des Volksblattes wurde behauptet, der Gen. Vieh-Weißenfels hätte uns den Bericht über die Naumburger Gerichtsverhandlung in Sachen Oelsner zugesandt. Wir weisen diese Behauptung als unwahr zurück und betrachten somit diese Angelegenheit als für uns erledigt.

* **Der Bund teilt uns mit, daß Kali, Kainit und Düngekalk noch am Lager sind und täglich von 3 bis 5 Uhr nachm., außer Sonnabends, abgeholt werden kann. Sämereien sind, so lange der Vorrat reicht, täglich von 9 bis 1 Uhr vorm. in der Geschäftsstelle des Bundes zu haben.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200311-15/fragment/page=0005

Versammlungen konnten verboten werden.

Der Kommandeur des 1. Landesschützen-Regiments erhielt die Ermächtigung, die nach § 1 Ziffer 2 der Verordnung des Militärbefehlshabers vom 20. 1. 1920-5. 2. 1920 bei ihm anzumeldenden Versammlungen zu verbieten, falls die öffentliche Sicherheit durch sie gefährdet erscheint.

Erwischt. Gestern abend wurde ein hier wohnhafter Arbeiter dabei betroffen, als er die Mauer eines Grundstücks auf dem Völlberger Weg überstieg, um mittels Nachschlüssels den Kaninchenstall eines dort wohnhaften Invaliden zu öffnen und die darin befindlichen Kaninchen zu stehlen. Er wurde durch Hausbewohner festgenommen und dem Polizeirevier 2 zugeführt. — In der Magdeburger Straße wurde ein auswärtiges Gespann angehalten, auf dem sich 41 Zentner Kartoffeln befanden, die angeblich an hier wohnhafte Personen abgeliefert werden sollten. Da Verdacht des Schleichhandels besteht, wurden die Kartoffeln beschlagnahmt und in der Talamtschule sichergestellt.

Einbruch. In ein Kontor in der Herrenstraße wurde in der Nacht zum 10. 3. eingebrochen und Bohnen und Erbsen gestohlen. Der Verbrecher, auch den Geldschrank zu öffnen, mißglückte.

Unehelich Volk. In vergangener Nacht wurde in der Herrenstraße von bisher nicht ermittelten Tätern ein Einbruch in eine Getreidehandlung verübt. Die Täter sind nach Einschlagen einer Fensterscheibe in den Verkaufsraum gelangt, wo sie etwa 25 Pfd. Bohnen im Werte von 50 Mark entwendeten. — Auf dem Franckeplatz wurde ein Arbeiter festgenommen, der in einem Sache Schienenlachen trug, die zweifellos aus einem Diebstahl herrührten. — Festgenommen wurden 4 Personen wegen Diebstahls, eine Person wegen versuchter Gefangenenbefreiung. — Beim Verkauf einer, vermutlich aus einer Großstadt herrührenden Schreibmaschine, wurden 2 Personen festgenommen. — Beschlagnahmt wurden: ½ Dutzend silberne Eßlöffel ges. M. H. in grauem Behälter mit hellblauem Futter und der Firma Klouke, Erfurt, ½ Dutzend silberne Kaffeelöffel im Waidlumenstil in grauem Behälter mit weißem Futter und der Firma Wilhelm Weitenberg, Weimar; 1 Eßbesteck, Silber, ges. M. H. in grauem Behälter mit blauem Futter. Es ist anzunehmen, daß diese Sachen aus Straftaten, vielleicht außerhalb Halles, herrühren. Die Eigentümer werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalpolizei, Dreyhaupt straße 4, Zimmer 37, zu melden.

Zur Abstimmung in Schleswig. Der Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig teilt mit: Es besteht noch vielfach bei den Stimmberechtigten im Reiche die Ansicht, sie könnten sich bei der am Sonntag, den 14. d. Mts. stattfindenden Abstimmung in der zweiten Zone Schleswig durch eine andere Person vertreten lassen. Diese Anschauung ist falsch. Jeder Stimmberechtigte, der wählen will, muß persönlich erscheinen und seine Stimme abgeben. Nur die Ausgewiesenen dürfen einen Vertreter stellen.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Dritte Vollsitzung des Landtags der Provinz Sachsen.

Gen. Beims-Magdeburg mit 67 Stimmen gegen 64 des Dr. Rive-Halle (Dn.) zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses gewählt!

Die Verhandlung leitet Direktor **Wittmack-Magdeburg.**

Abg. **Struk** berichtete über die Abänderungsanträge betr. der Wahlen zum Provinzial-Ausschuß. Es sind demnach 14 Mitglieder und 28 Stellvertreter in getrennten Vorschlägen zu wählen. Die Abänderungsanträge und die Wahlordnung wurden angenommen.

Zu Mitgliedern des Provinzial-Ausschusses werden gewählt die Abgg. **Bauli, Müller, v. Bismarck, Daehn, Dr. Rive, Welche und Kallert von den B.-V., Beims, Bergemann, Krüger-Merseburg und Hahn von der S. P. D., Kaparek, Hoffeld und Daniel von der U. S. P.**

Hierauf erfolgte die Wahl des Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses und zwar wurde Beims-Magdeburg mit 67 Stimmen gewählt. Dr. Rive-Halle erhielt 64 Stimmen. Als Stellvertreter erhält Dr. Rive 65, Daniel (U. S. P.) 64 Stimmen.

Somit ist Dr. Rive als Stellvertreter gewählt.

Kaparek (U. S. P.) begründet in 1½stündiger Rede den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes. Am großen ganzen sieht er heute nicht lachlich. Von den Kommunisten des 13. Januar abgesehen, habe es alle Schuld der Regierung aufzuwälzen, hierbei wiederholte er Behauptungen seiner Genossen aus den Reichsparlamenten. Erörtert nach echt unabhängiger Art alle von der Regierung in dieser Sache richtig gestellten Tatsachen für Schwindel. Redner ist sehr erbost über das seiner Partei unter dem Ausnahmezustand zugefügte Unrecht. Denn nur ihnen würden Versammlungen und Zeitungen verboten. Dagegen lasse man die Reaktion von rechts ruhig weiter die Gegenrevolution unter dem Schutze des Militärs vorbereiten. (Das Volksblatt und die S. A. unterstützen sich gerade in dieser Frage gegenseitig sehr tiefsinnig. D. Red.) Er schildert dann den Generalstreik Mitteldeutschlands und muß sich hierbei manchen Zwischenruf gefallen lassen. So wurde ihm entgegengehalten, daß es doch gerade bei der U. S. P. war, die in Hälle die Presse konfiszierte und ausschaltete. Der Redner schilderte die Zustände bei der Litterfelder Garnison, wo Diebstahl und Hehlerei groß geschrieben werde. Eine Untersuchung wird angeben, was hierzu Tatsache ist.

Oberst. Hörling stellte hierauf fest, daß am 13. Jan die U. S. P. nicht ganz so schuldlos ist, als wie es Kaparek schilderte, denn wenn man schon eine derartige Demonstration veranstaltet, so müßten auf keinen Fall die Führer dabei fehlen, denn es sei eine unerhörte Tatsache, daß hier U. S. P. die Demonstration eingeleitet, aber nicht im üblichen Sinne durchgeführt hat. Wie steht es nun mit dem Ausnahmezustand? Haben uns nicht erst die Unabhängigen, in Bremen, Braunschweig, München usw. gezeigt, daß sie gar nicht anders regieren können als mit Standrecht und Belagerungszustand? Er protestierte, sein möglichstes zu tun, um soviel es möglich ist, den verschärften Ausnahmezustand zu beseitigen. Den von Kaparek vorgebrachten angeblichen Beschwerden über die Reichswehr versprich Oberst Hörling auf den Grund zu gehen und gegen Uebergriffe energisch einzuschreiten.

Gen. Bergemann-Magdeburg brachte einen Antrag ein, wonach die preußische Staatsregierung vom Provinziallandtag ersucht wird, festzustellen, ob die Voraussetzungen für Verkündung des Ausnahmezustandes noch gegeben sind. Wenn nicht, so möge sie für die sofortige Aufhebung Sorge tragen.

Bei der Verbindung des Antrages erklärte Gen. Bergemann u. a., daß die S. P. D. dafür stimmen, der Antrage der U. S. P. nicht zustimmen könne, denn die Leipziger Parteitag haben die U. S. P. sich doch festgelegt, daß sie mit allen Mitteln vom Proletariat die politische Macht an sich zu reißen. Nicht nur gegen links, sondern auch vor allem nach rechts mache sich der Ausnahmezustand notwendig, denn die Schlacht des Hohenzollernhauses im Kapp-Putsch bewies, daß die den Herren recht auf die Finger gesehen werden muß. Ferner zeigte Redner ein Flugblatt, das die Reaktionäre einzelnen Abgeordneten unbemerkt zugeschickt haben. Besonders ist dieses Flugblatt mit „Die Sozialdemokraten an der Futtertrippe". (Dieser Steinwurf kommt bestimmt aus einem Glashause. D. Red.) Es liegt also an den Parteien der Opposition, sich so zu benehmen, daß sich ein Ausnahmezustand nicht notwendig macht.

Boer (Dem.) wendet sich gegen beide Anträge, wies Angriffe von Kaparek zurück und kam nochmals auf den mitteldeutschen Generalstreik zu sprechen.

v. Bismarck (D. V.) erklärte, daß sich seine Fraktion für beide Anträge der Stimme enthalte.

Es wurden hierauf beide Anträge abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet heute nachm. 3 Uhr statt.

Eine mitteldeutsche Behandlung des mittelmäßigen Reviers.

Der Deutsche Braunkohlen-Industrieverein schreibt uns:

In den letzten Tagen gehen zahlenmäßige Mitteilungen durch die Tageszeitungen, welche dartun sollen, daß sich die Wagenstellung im Ruhrrevier trotz der Erkrankungen im Eisenbahnpersonal in den letzten Wochen beträchtlich gebessert hat. Die Ziffern würden ein erfreuliches Zeichen für die Gesundung unserer Verkehrsverhältnisse abgeben, wenn sie nicht nur für den Ruhrbezirk, sondern auch für die übrigen deutschen Wirtschaftsgebiete Gültigkeit hätten. Leider trifft dies ganz und gar nicht zu. Vor allen Dingen ist, wie wir erst in unserer Morgenblatt wieder betont haben, die Benachteiligung des mitteldeutschen Industrie-Reviers gegenüber der Ruhr ganz außerordentlich. Die in der „Vossischen Zeitung" vom 4. März Nr. 118) mitgeteilten Gestellungsziffern des Ruhrreviers vom 23. Februar bis zum 3. März verglichen mit den entsprechenden Gestellungsziffern im Eisenbahndirektionsbezirk Halle zeigen am augenfälligsten die stiefmütterliche Behandlung Mitteldeutschlands.

Ruhrrevier:

Es wurden am	23. Februar	gestellt	15 794 Wagen,	es fehlten	4486
„	24. „	„	16 643 „	„ „	5087
„	25. „	„	17 855 „	„ „	5548
„	26. „	„	16 116 „	„ „	7725
„	27. „	„	17 496 „	„ „	6958
„	28. „	„	16 184 „	„ „	8783
„	1. März	„	17 286 „	„ „	6259
„	2. „	„	19 614 „	„ „	4999
„	3. „	„	23 570 „	„ „	2050

Eisenbahndirektionsbezirk Halle:

Es wurden am	23. Februar	gestellt	4008 Wagen,	es fehlten	4070
„	24. „	„	4209 „	„ „	4056
„	25. „	„	3918 „	„ „	4046
„	26. „	„	3707 „	„ „	4570
„	27. „	„	3332 „	„ „	5595
„	28. „	„	3620 „	„ „	4793
„	1. März	„	3717 „	„ „	4545
„	2. „	„	3913 „	„ „	4880
„	3. „	„	3748 „	„ „	4929

Im Ruhrbezirk betrug am 23. Februar die Zahl der fehlenden Wagen 28,5 Prozent der gestellten, am 3. März waren es nur noch 8,7 Prozent. Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle wurden — mit Ausnahme von 24. Februar — während der gesamten Berichtszeit beträchtlich viel mehr Wagen nicht gestellt als gestellt und zwar betrug die Zahl der nicht gestellten von der der gestellten am 23. Februar 101,5 Prozent, am 3. März dagegen 131,2 Prozent. In diesen wenigen Ziffern entzüllt sich eine himmelschreiende Ungerechtigkeit gegen das mitteldeutsche Industrierevier. Die Eisenbahnverwaltung hat nicht das Recht, ein Wirtschaftsgebiet fortgesetzt systematisch zu benachteiligen. Auch wir sind der Meinung, daß die Eisenbahnverwaltung eine derartige Bankrotteurspolitik nicht weiter treiben darf. Der Mißerfolg der bisherigen Verkehrspolitik kann eben nicht damit verdeckt werden, daß man in ein bestehtes Gebiet alles zur Verfügung stehende Wagenmaterial hinbefördert, die Wagenmassen aus einem fast ebenso wichtigen Gebiet jagt und damit dort wieder dieselben chaotischen Zustände hervorruft. In die Eisenbahnverwaltungsbuden gehört einmal frischer Wind und neuer Geist hinein, gerade dort ist vor der alten eingefleischten Bureaukratie, besonders der „höheren" Beamten, schon ungeheuer viel gesündigt worden.

Merseburg. Oeffentliche Volksversammlung. Am Freitag, den 12. März, abends 7½ Uhr, findet in öffentlicher Volksversammlung im „Kaiser" Genosse Oberbürgermeister Beims-Magdeburg über Deutschlands Gegenwart und Zukunft.

Aschersleben. Elternbeiratswahl. Am Sonntag fand hier die Wahl der Elternbeiräte statt. Von 490 Wahlberechtigten übten nur 219 ihr Recht aus. Auf die Liste Sommerburg (Parteilosen und linksstehende Bürgerl.) entfielen 78 Stimmen = 4 Sitze, auf Liste Dubiel (U. S. P.) 71 Stimmen = 3 Sitze und Liste Keller (christlich) 70 Stimmen = 3 Sitze. Bemerkenswert ist, daß viele Arbeiter, nämlich U. S. P.-Angehörige ihr Wahlrecht ausübten und nur auf Liste Dubiel 71 Stimmen fielen, während die Christlichen es auf 70 Stimmen brachten. Es ist also anzunehmen, daß eine ganze Anzahl Arbeiter die Liste Keller gewählt haben. Für diese Liste trieb der Herr Pastor lebhafte Propaganda, obwohl er gar nicht wahlberechtigt ist. Er berief Konferenzen und Besprechungen ein, so daß man sich geradezu in einen politischen Wahlkampf versetzt fühlte. Der Herr Pastor betrieb in auch eine Schaung der Kirchengemeindevertretung, die sich mit dem Thema „Elternbeiratswahl" befaßte, obwohl darin kein wahlberechtigtes Mitglied ist. Den Vorsitzenden im Beirat wird nun wohl auch die Liste Sommerburg stellen und nicht Herr Pastor Keller, wie es der Herr Pastor so gern wünschte. Von den Vorteilen siedern rückten die Genossen Abicht und Karl Nolze in den Beirat und werden dort hoffentlich für das Wohl unserer Schulkinder wirken.

Weißenfels. Elternbeiratswahlen. Wie überall, so wurden auch die Wahlen in Weißenfels eine ganz schwache Beteiligung auf. In der Bauhlschule erhielt von 1346 Wählern die Gen. Sommerburg (U. S.) 116 Stimmen und die Liste unseres Genossen Keidel 62 Stimmen. Demnach wird die U. S. P. 16 Sitze und wir 8 Sitze bekommen. In den anderen Volksschulen ist das Resultat ähnlich ausgefallen. Anders in der Bürgerschule. Bei etwa 50 Prozent Wahlbeteiligung erhielt die kombinierte Liste unseres Gen. Gärtner 245 und die Liste Finsterwalder (Dnatl.) 445 Stimmen. Die Reaktionäre haben es an keinem Agitationsmittel fehlen lassen. Ja, sogar geschleppt haben sie. Es ist die höchste Zeit, daß unsere Anhänger aus dem Schlafe erwachen, zumal wir in diesem Jahre noch viele Wahlkämpfe zu bestehen haben.

Merseburg. Unabhängige Praktiken bei den Elternbeiratswahlen. Bei der am Sonntag stattgefundenen Elternbeiratswahl war die Beteiligung sehr schwach. Von 157 Wahlberechtigten wurden 34 Stimmen abgegeben. Der Wahlvorschlag der U. S. P., wie er in der Propaganda genannt wurde, erhielt 28 Stimmen und die Liste Keller 6 Stimmen. Die Wahl wird aber angefochten werden, da man schon bei dem Wahlakt merkte, daß der Vorsitzende des Ortsvereins die Theaterprobe der U. S. P. im Gasthof zu leiten, anstatt seiner Pflicht als gewählites Wahlvorstandsmitglied nachkommen. Zweitens war die Liste der U. S. P. als Parteiwahlvorschlag aufgestellt. Drittens unterzeichnete noch das abwesende gewählte Wahlvorstandsmitglied nach beendeter Wahl die Wahlurunde, ohne den Wahlgang zu kennen. Die mit Gesetz und Staatsordnung vertrauten Einwohner machten jedenfalls deshalb von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch, da sie annahmen, diese Arbeit ist vergebliches Bemühen.

Weißenfels. Verantwortungslose Autofahrer. Sonntag mittag wurde in der Nikolaistraße der achtjährige Zögling der Provinzial-Taubstummen-Anstalt Otto Bertrand von einem Automobil überfahren, wobei er einen Oberschenkelbruch erlitten hat. Besitzer und Führer des Kraftwagens konnten leider nicht festgestellt werden, da sie das Weite suchten.

Bitterfeld. Expedient der „Volksstimme" ist Gen. Max Hampel, Kaiserstraße 34, 2 Tr. r. hier. Dorthin sind Neubestellungen und die „Volksstimme" oder Literatur sowie Beschwerden über mangelhafte Zustellung zu melden.

Cöthen. Neue Schleichhandelstätigkeit. Einen ungewöhnlichen Umfang scheint der Schleichhandel in den Ortschaften an der Finnebahn angenommen zu haben. So wurde in voriger Woche auf der Haltestelle Baasdorf einer Gesellschaft unsicherer Aufkäufer aus Leipzig u. a. ein halbes Rind und mehrere Säcke Mehl abgenommen, als sie sich anschickten, mit ihrer Beute im Abendzuge nach Naumburg zu verschwinden. Es wurde festgestellt, daß die Waren größtenteils in den benachbarten weimarischen Ortschaften aufgekauft waren. Die Haltestellen werden nunmehr mit Hilfsgendarmen besetzt.

Elsterwerda. Oeffentlicher Vortrag. Am vorigen Sonntag sprach am hiesigen Ort Gen. Drescher-Halle über das Thema: Wiederaufbau, Bolschewismus und Sozialdemokratie. Die Elsterwerdaer Genossen hatten sich von dem Verlauf der letzten Volksversammlung, die durch die Sabotage der Unabhängigen einen tumultarischen Abschluß fanden hatte, nicht einschüchtern lassen. Ueber die betr. Versammlung wurde in der „Volksstimme" bereits berichtet. Es soll nur noch einmal daran erinnert werden, daß sich die Ulis damals sehr unsinnig benommen hatten, und die Drohung aussprachen, jede Versammlung von uns zu sprengen. Sie behaupteten, weil wir damals eine feste Redezeit festsetzten, hätten sie in der Diskussion zu kurz gekommen wären, hätten die ihren Skandal ausführen müssen. In dieser Versammlung sollte ihnen nun Gelegenheit gegeben werden, in unbeschränkter freier Aussprache ihren Mann zu stellen. Es war deshalb von unseren Genossen ein Antrag eingebracht worden, einen Korreferenten zuzulassen. Leider haben das die Unabhängigen abgelehnt. Dann haben sie allem Anschein nach unter ihren Anhängern die Parole ausgegeben, unsere Versammlungen zu melden. Hier Felsheit setzten sie damit die Krone auf. Es wurde allgemein bedauert, daß der lehrreiche Vortrag keine größere Zuhörerschaft gefunden hatte. In einem Tisch machten sich Versammlungsbesucher einige Zeit etwas unangenehm bemerkbar. Wahrscheinlich waren sie von unabhängiger Seite beauftragt worden, den Versammlungsbesuch zu kontrollieren. Als ihnen der Referent auf ihre lächerlichen Zwischenrufe eine derbe Antwort zukommen ließ, verließen sie murrend den Saal.

Aus aller Welt.

Berlin. Französische Wilderer. In Wernitz in der Mark traf gestern, wie die Abendblätter melden, eine französische Kommission ein, um den beim Wildern erschossenen französischen Soldaten abzuholen. Ferner ein Vertreter der Berliner Staatsanwaltschaft und drei Regierungsvertreter. Entgegen der von den französischen Soldaten ihren Vorgesetzten abgegebenen Erklärung, daß ihr Kamerad ohne Grund erschossen worden sei, stellte die deutsche und französische Kommission fest, daß der getötete Franzose 700 Meter vom Auto entfernt auf freiem Felde erschossen worden war. Auf die Frage der französischen Kommission nach demjenigen, der den Franzosen getötet hatte, erklärten die Mitglieder der Einwohnerwehr, sie könnten nicht zugeben, daß ein einzelnes Mitglied etwa für eine Tat bestraft werde, die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit geschehen sei. Die Franzosen teilten mit, daß die sieben beteiligten französischen Soldaten sofort eingesperrt worden seien.

Ein Opfer des Fluges über die Sahara. Der französische Generalstab für Nordafrika macht bekannt, daß der General Laperrine, der Kommandant der südlichen Gebiete Algeriens, der an dem Fluge über die Sahara teilgenommen hat, verschwunden ist. Es steht fest, daß General Laperrine mit seinem Piloten Bernard und einem Mechaniker Tamantaset verlassen hat, und zwar mit Nahrungsmitteln und Wasser für die Dauer von fünf Stunden versehen. Der Pilot erlitte gleichzeitig mit Kommandant Guillemin, der seinerzeit den gefährlichen Flug glücklich beendet hat. Kommandant Guillemin hat das Flugzeug des Generals über der Dale Tin-Zaudein aus den Augen verloren. Man nimmt an, daß Bernard versucht hat, Kidal zu erreichen, ohne sich eine Funkenstation bestindet. Infolge des Nebels ist er aber dort nicht eingetroffen und wahrscheinlich in offener Wüste gelandet.

Briefkasten der Redaktion.

Annaberg. Elternbeirat. Aenderung der Kandidatenvorschlagsliste nach erfolgter Wahl ist allerdings unstatthaft. Sonst würde durch solche Praxisdenfälle Unzuträglichkeiten Tür und Tor geöffnet.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Wurstverkauf. Am Sonnabend, den 14. d. M., werden bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurst verabfolgt. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 4C und 4D — bei den Kindertarten 4B — der Reichsfleischmarken für die Woche vom 8. bis 14. März d. J. zu erfolgen. Der Verkaufspreis beträgt 50 Pfg. für 50 Gramm. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 18. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern.

Fleischverkauf. Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 100 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird Rindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 13. d. M., durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der reglichen Fleischmarken für die Woche vom 8.—14. März 1920. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 16. März d. J. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Kleinhandelspreis beträgt für 100 Gramm = 1,35 Mark.

Städtischer Verkauf von Fleisch und Wurstkonserven und Rohgoulasch in der Talamtschule am Freitag, den 12. März 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22 500 bis zurück 15 001 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 15 000 bis zurück 9001 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½ Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven, an Haushalte mit zwei Personen eine Einkilodose Rohgoulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½ Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven und eine Einkilodose Rohgoulasch usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine ½ Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven beträgt 5 Mark und für eine Einkilodose Rohgoulasch 11 Mark. Die Rohfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18 001—22 500 vorm. von 8—12 und nachm. von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Sacharin. Die Inhaber von Drogenhandlungen und Apotheken werden hierdurch aufgefordert, am Freitag, den 12. März 1920, während der Dienststunden von 8—12½ Uhr vormittags im Stadternährungsamt, Marktplatz 23, III. Obergeschoß, Zimmer 41, die Bezugsscheine für Sacharin abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, den 11. März 1920. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200311-15/fragment/page=0006